

RheinlandPfalz



Statistische Monatshefte

2002

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

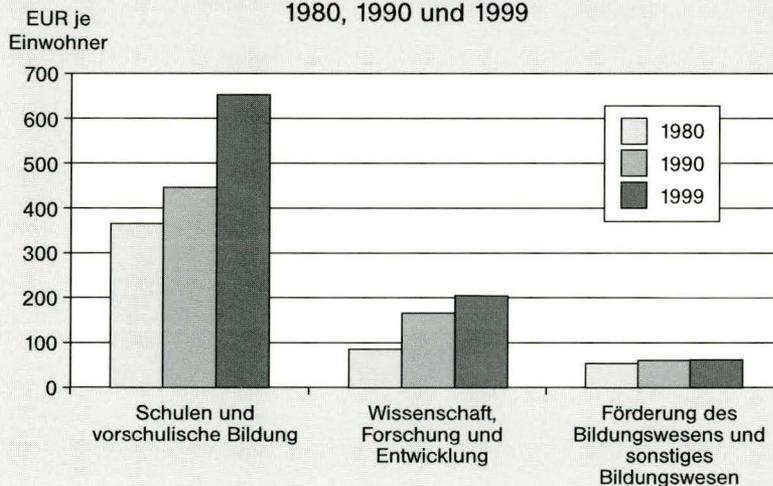
September

Oktober

November

Dezember

Pro-Kopf-Ausgaben für Bildung des Landes,
der Gemeinden und Gemeindeverbände
1980, 1990 und 1999



Inhalt

Ausgaben des Landes und der Gemeinden für Bildung	77	Gemessen am Volumen ist der Bildungsetat der bedeutendste. Das Land, die Gemeinden und Gemeindeverbände gaben im Jahr 1999 für Bildung insgesamt 3,7 Mrd. Euro aus, das entsprach einem Anteil von 24,4% an den Gesamtausgaben.
Fremdenverkehr 2001	83	Mit mehr als 6,9 Mill. Gästen wurde 2001 im rheinland-pfälzischen Fremdenverkehr das zweithöchste Ergebnis seit Beginn der Tourismusstatistik erzielt. Gegenüber dem Rekordjahr 2000 lag die Zahl der Gäste um 4,2% niedriger.
Kurzbeiträge	87	Bruttomonatsverdienste im Jahr 2001
Anhang	49*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	58*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland
	60*	Neuerscheinungen im April

Gut 24% der Ausgaben von Land, Gemeinden und Gemeindeverbänden fließen in die Bildung

Innerhalb des Bildungsbereichs wurde im Jahr 1999 für Schulen und vorschulische Bildung mit 2,6 Mrd. Euro das meiste aufgewandt. Hochschulen, Wissenschaft, Forschung und Entwicklung beanspruchten 826 Mill. Euro und für die Förderung des Bildungswesens sowie für das sonstige Bildungswesen standen 250 Mill. Euro zur Verfügung. Bezogen auf die Einwohner wurden für die Bildung insgesamt 920 Euro je Person ausgegeben, Schulen und vorschulische Bildung kosteten 653 Euro je Einwohner. Das Land, die Gemeinden und Gemeindeverbände gaben im Jahr 1999 für Bildung insgesamt 3,7 Mrd. Euro aus, das entsprach einem Anteil von 24,4% an den Gesamtausgaben.

Bei einer getrennten Betrachtung der einzelnen öffentlichen Ebenen zeigt sich, dass die Finanzierungsanteile des Landes bzw. der Gemeinden und Gemeindeverbände an den Bildungsausgaben in den einzelnen Bereichen entsprechend der jeweiligen Aufgabenteilung zwischen Land und Kommunen recht unterschiedlich waren. Die Ausgaben für Hochschulen, Wissenschaft, Forschung und Entwicklung kamen fast ausschließlich vom Land, der Anteil war mit 98 bis 99% in allen Jahren ziemlich konstant. An den Aufwendungen für Schulen und vorschulische Bildung war das Land mit 70 bis 75% beteiligt, wobei Mitte der 80er-Jahre und Anfang der 90er-Jahre der Wert am höchsten war. Von der Finanzierung der Förderung des Bildungswesens und des sonstigen Bildungswesens hat sich das Land im Zeitablauf zurückgezogen, denn im Jahr 1980 trug es 63% der Ausgaben, im Jahr 1999 waren es noch 36%. la

Mehr über dieses Thema auf Seite 77.

Erste vorläufige Ergebnisse der europäischen Arbeitskostenerhebung 2000 liegen vor

Die Arbeitskostenerhebung erfolgt im vierjährigen Abstand in allen Ländern der Europäischen Union als Gemeinschaftsstatistik nach harmonisierten Methoden und Definitionen. Rechtliche Grundlage der Erhebung für das Berichtsjahr 2000 ist die Verordnung (EG) Nr. 530/1999 des Rates vom 9. März 1999 zur Statistik über die Struktur der Verdienste und der Arbeitskosten. In der Begründung zu dieser Verordnung heißt es unter anderem: „Durch die Weiterentwicklung der Gemeinschaft und das Funktionieren des Binnenmarktes steigt der Bedarf an vergleichbaren Daten über Höhe und Zusammensetzung der Arbeitskosten und über Struktur und Verteilung der Verdienste, insbesondere als Mittel zur Analyse der Fortschritte beim wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt sowie zur Durchführung zuver-

lässiger und aussagekräftiger Vergleiche zwischen den Mitgliedstaaten und den Regionen der Gemeinschaft.“

Für Deutschland wurden die Arbeitskosten in den Wirtschaftszweigen der Abschnitte C (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden), D (Verarbeitendes Gewerbe), E (Energie- und Wasserversorgung), F (Baugewerbe), G (Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern), H (Gastgewerbe) und J (Kredit- und Versicherungsgewerbe) der Wirtschaftszweigsystematik ermittelt. Hierzu sind durch eine Stichprobe insgesamt 32 000 Unternehmen mit zehn oder mehr Arbeitnehmern ausgewählt worden, darunter 1 700 Unternehmen in Rheinland-Pfalz. Aufgrund von Mängeln im Auswahlmaterial, zwischenzeitlichen Unternehmensauflösungen oder Antwortverweigerungen reduzierte sich die Zahl der Unternehmen, deren Daten tatsächlich in die Arbeitskostenerhebung einfließen, auf 1 434 in Rheinland-Pfalz. Von diesen Unternehmen gehörten über 60% dem verarbeitenden Gewerbe an. Für diesen Bereich können erste vorläufige Ergebnisse veröffentlicht werden. Dabei ist insbesondere die folgende methodische Änderung zu beachten.

Aufgrund einer Anpassung des Begriffs der (in die Arbeitskostenerhebung einzubeziehenden) Arbeitnehmer an die definitorischen Vorgaben des Europäischen Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 1995) sind die Ergebnisse für das Jahr 2000 mit den Ergebnissen der vorherigen Erhebung für 1996 nur eingeschränkt vergleichbar und nur unter Berücksichtigung möglicher Auswirkungen der geänderten Erhebungsmodalitäten zu interpretieren. So waren über den Personenkreis der Arbeitskostenerhebung 1996 hinaus im Jahr 2000 auch die geringfügig Entlohten und die kurzfristig Beschäftigten einzubeziehen. Geht man davon aus, dass diese Arbeitnehmergruppe eher unterdurchschnittlich entlohnt wird, dann hat das auf die insgesamt ermittelten Arbeitskosten tendenziell eine dämpfende Wirkung. Auch die Struktur der Arbeitskosten wird durch die Erweiterung des erfassten Personenkreises beeinflusst sein.

Die durchschnittlichen Arbeitskosten eines Arbeitnehmers der Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes in Rheinland-Pfalz lagen im Jahr 2000 bei 29,20 Euro je geleisteter Stunde. Davon entfielen 53,6% auf das direkte Arbeitsentgelt und 46,4% auf Personalnebenkosten. Die größte Position unter den Personalnebenkosten stellten die Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen dar (Anteil an den Arbeitskosten: 20,5%). Diese setzen sich zusammen aus den Arbeitgeberpflichtbeiträgen zur Sozialversicherung sowie den Aufwendungen für die betriebliche Altersvorsorge und für sonstige Vorsorgeeinrichtungen. Zur Vergütung arbeitsfreier Tage (Anteil an den Arbeitskosten: 12%) zählen die Urlaubsvergütung, die gesetzliche und die zusätzliche Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall sowie die Vergütung gesetzlicher Feiertage und

kurz + aktuell

sonstiger gesetzlicher, betrieblicher oder tariflicher arbeitsfreier Tage. Die Sonderzahlungen (Anteil an den Arbeitskosten: 8,6%) umfassen die Leistungen zur Vermögensbildung der Arbeitnehmer, das zusätzliche (d.h. das über die normale Lohnfortzahlung für die Urlaubstage hinausgehende) Urlaubsgeld, die von den persönlichen Leistungen oder dem Unternehmenserfolg abhängigen Zahlungen sowie die fest vereinbarten Sonderzahlungen wie Weihnachtsgeld und 13. Monatsgehalt. Alle übrigen Aufwendungen, die durch den Einsatz von Arbeitnehmern im Produktionsprozess bedingt sind, werden zu den sonstigen Personalnebenkosten (Anteil an den Arbeitskosten: 5,2%) zusammengefasst. Hierzu gehören beispielsweise Entlassungsschädigungen, Kosten für Belegschaftseinrichtungen, Kosten für die berufliche Aus- und Weiterbildung, Ausbildungsvergütungen und alle noch nicht in den anderen Positionen enthaltenen gesetzlichen Aufwendungen wie die Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehinderten-gesetz, das Mutterschaftsgeld oder die Umlagen für das Insolvenzgeld.

Eine besondere Rolle in der wirtschaftspolitischen Diskussion spielen die gesetzlichen Personalnebenkosten. Für einen Arbeitnehmer des verarbeitenden Gewerbes erreichten diese einen Anteil von 21,5% an den Arbeitskosten oder rund 46% an den gesamten Personalnebenkosten. Zu den gesetzlichen Personalnebenkosten gehören die Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung, die gesetzliche Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall, die Vergütung gesetzlicher Feiertage und sonstiger gesetzlicher Ausfalltage sowie beispielsweise das Mutterschaftsgeld.

Bei den Angestellten liegen sowohl die Jahreskosten je Vollzeitbeschäftigten als auch die Arbeitskosten je

geleisteter Stunde, die für das Jahr 2000 ermittelt wurden, knapp 4% über dem Niveau des Jahres 1996. Der Gleichklang bei der Entwicklung dieser beiden Kennzahlen ergibt sich aus einer nahezu unveränderten Zahl der im Jahr insgesamt geleisteten Arbeitsstunden. Bei den Arbeiterinnen und Arbeitern sind die Arbeitskosten je geleisteter Stunde mit über 9% gegenüber 1996 merklich stärker gestiegen als die Jahreskosten je Vollbeschäftigten (+5%). Die Differenz resultiert aus einem entsprechenden Rückgang der geleisteten Arbeitsstunden. Eine relativ starke Zunahme der Aufwendungen für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall lässt vermuten, dass ein Anstieg der Krankheitstage mit ein Grund für den Rückgang der geleisteten Arbeitsstunden bei den Arbeiterinnen und Arbeitern gewesen ist.

Die deutliche Zunahme der Sonderzahlungen bei den Angestellten ist durch einen starken Anstieg der leistungs- und gewinnabhängigen Zahlungen verursacht. Die fest vereinbarten Sonderzahlungen verringerten sich gegenüber 1996. Der Anstieg der sonstigen Personalnebenkosten ist bei beiden Arbeitnehmergruppen auf die deutlich höheren sonstigen gesetzlichen Personalnebenkosten zurückzuführen und bei den Arbeiterinnen und Arbeitern zusätzlich auf den größeren Umfang der zugerechneten Ausbildungsvergütungen. Welche konkreten Leistungen den Anstieg der sonstigen gesetzlichen Personalnebenkosten bewirkt haben, kann anhand der ersten Auswertung der Arbeitskostenerhebung noch nicht bestimmt werden. Weitere Ergebnisse der Arbeitskostenerhebung 2000 werden demnächst in den Statistischen Monatsheften veröffentlicht. Ein statistischer Bericht mit umfassendem Zahlenmaterial wird voraussichtlich im August dieses Jahres erscheinen. kr

Arbeitskosten je vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer¹⁾ der Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes in Rheinland-Pfalz – Erste vorläufige Ergebnisse der Arbeitskostenerhebung 2000 –

Kostenart	Arbeitnehmer		Veränderung zu 1996 ²⁾	Arbeiter/-innen		Veränderung zu 1996 ²⁾	Angestellte		Veränderung zu 1996 ²⁾
	EUR	%		EUR	%		EUR	%	
Arbeitskosten insgesamt	47 390	100,0	(5,4)	38 176	100,0	(5,0)	61 516	100,0	(3,9)
darunter Bruttolöhne und -gehälter	35 176	74,2	(3,4)	28 833	75,5	(3,7)	44 901	73,0	(1,4)
Entgelt für geleistete Arbeit	25 410	53,6	(2,6)	20 933	54,8	(4,1)	32 273	52,5	-(0,5)
Personalnebenkosten insgesamt	21 980	46,4	(8,7)	17 243	45,2	(6,2)	29 243	47,5	(9,2)
Sonderzahlungen	4 069	8,6	(13,1)	2 946	7,7	-(0,1)	5 790	9,4	(23,9)
Vergütung arbeitsfreier Tage	5 698	12,0	(0,6)	4 955	13,0	(4,3)	6 838	11,1	-(4,7)
Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen	9 734	20,5	(5,5)	7 367	19,3	-(0,4)	13 362	21,7	(9,0)
sonstige Personalnebenkosten	2 480	5,2	(44,2)	1 976	5,2	(73,4)	3 253	5,3	(21,5)
nachrichtlich:									
Gesetzliche Personalnebenkosten	10 185	21,5	(6,6)	8 922	23,4	(6,5)	12 122	19,7	(5,4)
Arbeitskosten je geleisteter Stunde	29,20	x	(7,9)	23,59	x	(9,2)	37,76	x	(3,8)

1) Tatsächlich vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer und auf „Vollzeiteinheiten“ hochgerechnete Teilzeitbeschäftigte zusammen. Beispielsweise ergeben zwei Halbtagsbeschäftigte eine „Vollzeiteinheit“. – 2) Aufgrund des im Erhebungsjahr 2000 erweiterten Personenkreises der zu erfassenden Arbeitnehmer ist ein Vergleich mit dem Erhebungsjahr 1996 nur bedingt möglich. Bei den Teilzeitbeschäftigten wurden im Jahr 2000 zusätzlich die geringfügig Beschäftigten erfasst und ebenfalls wie alle anderen Teilzeitbeschäftigten auf „Vollzeiteinheiten“ umgerechnet.

Ausgaben des Landes und der Gemeinden für Bildung

Die Bildungs- und Weiterbildungspolitik ist als eine Kernaufgabe der öffentlichen Hand anzusehen. Land und Gemeinden stellen dafür Gebäude und Einrichtungen sowie Personal bereit. Die Ausgaben dienen der Zukunftssicherung und sind eine wichtige Investition in Humankapital, die sowohl für jeden Einzelnen als auch für die Gesellschaft insgesamt Nutzen stiftet. Die Inanspruchnahme ist für den Einzelnen weitgehend „kostenlos“, denn die Finanzierung erfolgt überwiegend aus den allgemeinen Abgaben und Steuern. Teilweise wird die Nutzung des Bildungsangebotes des Staates zur Pflicht gemacht, wie dies z. B. in der allgemeinen Schulpflicht zum Ausdruck kommt. Ein darüber hinausgehendes Bildungsangebot, wie z. B. das Gymnasium oder die Hochschule, kann freiwillig genutzt werden, wenn die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt werden.

Fast ein Viertel des Gesamtetats für Bildung verwandt

Unter dem Bildungsbereich werden hier entsprechend der im Funktions- bzw. Gliederungsplan des Haushalts veranschlagten Ausgaben und Einnahmen Schulen und vorschulische Bildung, Hochschulen, Wissenschaft, Forschung und Entwicklung sowie die Förderung des Bildungswesens und das sonstige Bildungswesen subsumiert. Gemessen am Volumen ist der Bildungsetat der bedeutendste, denn das Land, die Gemeinden und Gemeindeverbände gaben im Jahr 1999 für Bildung insgesamt 3,7 Mrd. Euro aus, das entsprach einem Anteil von 24,4% an den Gesamtausgaben. Damit lagen die Ausgaben weit vor dem Bereich der sozialen Sicherung, für den 2,4 Mrd. Euro bereitstanden. Ihm folgten die politische Führung und zentrale Verwaltung mit 1,3 Mrd. Euro, das Verkehrs- und Nachrichtenwesen mit 1,2 Mrd. Euro sowie der Bereich öffentliche Sicherheit und Ordnung einschließlich Rechtsschutz mit 1,1 Mrd. Euro.

Die Nettobelastung der Haushalte von Land sowie Gemeinden und Gemeindeverbänden war allerdings geringer, als in der oben genannten Zahl zum Ausdruck kommt, weil sich an der Finanzierung des Bildungsbereichs auch der Bund, die Sozialversicherungsträger und die Zweckverbände in Form von Zuweisungen an das Land sowie an die Gemeinden beteiligen. Im Jahr 1999 waren es 140 Mill. Euro, die in den oben genannten Gesamtausgaben enthalten sind, wobei der Finanzierungsbeitrag im Zeitablauf größeren Schwankungen unterliegt.

Neben den hier dargestellten Ausgaben des Landes sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände unterbreiten auch die kommunalen Zweckverbände Bildungsangebote, und zwar im Bereich Schulen und vorschulische Bildung. Hier schließen sich mehrere Gemeinden bzw. Gemeindeverbände zusammen, um gemeinsam eine Bildungseinrichtung zu betreiben. Sehr häufig sind es Tageseinrichtungen für Kinder, aber auch Grund-, Haupt- und Sonderschulen werden gemeinsam unterhalten. Der Anteil der Zweckverbände an den Bildungsaufwendungen insgesamt ist aber eher gering, denn der Nettobeitrag belief sich im Jahr 1999 auf knapp 6 Mill. Euro. Wesentlich bedeutsamer sind dagegen die Hochschulkliniken, die seit 1978 aus dem Landeshaushalt ausgegliedert sind, mit der Konsequenz, dass die Ausgaben überwiegend und die Einnahmen vollständig nicht mehr im Landeshaushalt veranschlagt werden. Lediglich die Sachinvestitionen der Hochschulkliniken und die laufenden Zuschüsse des Landes an die Hochschulkliniken werden noch in der Haushaltsrechnungsstatistik des Landes erfasst; im Jahr 1999 waren es 69 Mill. Euro. Die Hochschulkliniken selbst wiesen Ausgaben in Höhe von 358 Mill. Euro nach, die definitionsgemäß nicht in den oben genannten Gesamtausgaben enthalten sind. Zu beachten ist jedoch, dass diese Ausgaben nicht vollständig dem Bereich Bildung zugeordnet werden können, weil neben der Forschung und Lehre ein Teil für die medizinische Behandlung und Pflege der Patienten benötigt wird. Eine Trennung ist anhand der Statistik nicht möglich.

920 Euro je Einwohner für Bildung ausgegeben

Eine Untergliederung des Bildungsbereichs in die drei Hauptgruppen Schulwesen, Wissenschaft und sonstiges Bildungswesen verdeutlicht die herausragende Stellung des Schulwesens. Innerhalb des Bildungsbereichs wurde im Jahr 1999 für Schulen und vorschulische Bildung mit 2,6 Mrd. Euro das meiste aufgewandt. Hochschulen, Wissenschaft, Forschung und Entwicklung beanspruchten 826 Mill. Euro und für die Förderung des Bildungswesens sowie für das sonstige Bildungswesen standen 250 Mill. Euro zur Verfügung. Bezogen auf die Einwohner wurden für die Bildung insgesamt 920 Euro je Person ausgegeben, Schulen und vorschulische Bildung kosteten 653 Euro je Einwohner.

In den letzten 20 Jahren sind die Gesamtausgaben des Landes sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände für Bildung stärker gestiegen als die Ausgaben

Gesamtausgaben für Bildung des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände 1980-1999

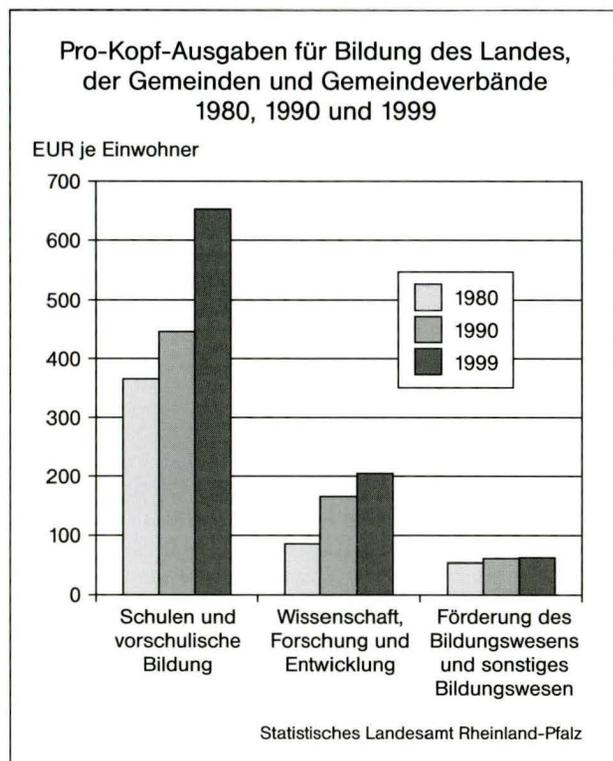
Aufgabenbereich	1980	1985	1990	1995	1997	1998	1999
1 000 EUR							
Schulen und vorschulische Bildung	1 330 574	1 462 788	1 662 968	2 420 288	2 552 339	2 573 771	2 630 503
Wissenschaft, Forschung und Entwicklung	311 432	433 115	618 254	757 729	801 680	815 259	825 805
Förderung des Bildungswesens und sonstiges Bildungswesen	197 072	206 307	227 052	249 219	248 131	247 011	250 390
Bildung zusammen	1 839 079	2 102 210	2 508 274	3 427 237	3 602 150	3 636 041	3 706 698
Anteil an den Gesamtausgaben insgesamt in %							
Schulen und vorschulische Bildung	16,2	15,5	14,5	17,0	17,3	17,3	17,3
Wissenschaft, Forschung und Entwicklung	3,8	4,6	5,4	5,3	5,4	5,5	5,4
Förderung des Bildungswesens und sonstiges Bildungswesen	2,4	2,2	2,0	1,7	1,7	1,7	1,7
Bildung zusammen	22,4	22,3	21,9	24,0	24,4	24,5	24,4
EUR je Einwohner							
Schulen und vorschulische Bildung	366	404	446	611	637	641	653
Wissenschaft, Forschung und Entwicklung	86	120	166	191	200	203	205
Förderung des Bildungswesens und sonstiges Bildungswesen	54	57	61	63	62	61	62
Bildung zusammen	505	581	672	865	898	905	920

insgesamt. Insbesondere der Bereich Hochschulen, Wissenschaft, Forschung und Entwicklung expandierte kräftig; aber auch die Schulen und die vorschulische Bildung wiesen überdurchschnittliche Steigerungsraten auf, während die Förderung des Bildungswesens und das sonstige Bildungswesen nicht im Mittelpunkt standen. Die Entwicklung der Ausgaben kann nicht losgelöst von der Entwicklung der Zahl der Schülerinnen und Schüler sowie der Studierenden betrachtet werden.

Eine lineare Beziehung dergestalt, dass bei rückläufigen Schülerzahlen auch die Ausgaben sinken, ist nicht feststellbar. So entwickelten sich die Ausgaben für Schulen und vorschulische Bildung in den 80er-Jahren gemessen am Rückgang der Zahl der Schülerinnen und Schüler unterproportional, während es in den 90er-Jahren, als die Schülerzahlen wieder stiegen, überproportionale Ausgabensteigerungen gab.

Betrachtet man die Gesamtentwicklung für den Bereich der allgemein- wie auch berufsbildenden Schulen, haben sich die Ausgaben dafür seit 1980 stärker erhöht als die Ausgaben insgesamt, obgleich heute weniger Schülerinnen und Schüler unterrichtet werden; dies wohl auch, weil die Standards angehoben worden sind. Sollte sich die rückläufige Entwicklung bei den Schülerzahlen in den kommenden Jahren weiter fortsetzen, könnten die öffentlichen Haushalte von diesem Prozess profitieren und relativ entlastet werden, wenn die Ausgabensteigerungen wie in den 80er-Jahren auf zumindest unterproportionale Zuwächse begrenzt werden könnten. Wie sich das vermehrte Angebot an Ganztagschulen auf die Ausgaben auswirkt, ist anhand der Statistik noch nicht belegbar. Es ist jedoch mit einem Anstieg der Kosten zu rechnen, da zumindest das Land in seinem Haushalt für den Ausbau des schulischen Ganztagsangebots zusätzliche Mittel eingeplant hat, die bis 2005 auf rund 60 Mill. Euro ansteigen sollen.

Der Auf- und Ausbau der Hochschulen, der durch die ganz außerordentliche Zunahme der Zahl der Studierenden notwendig wurde, führte zu den hohen Ausgabensteigerungen in diesem Bereich. Erst in den letzten Jahren ist eine gewisse Stagnation bzw. eine leicht rückläufige Tendenz bei der Zahl der Studierenden feststellbar. An den wissenschaftlichen Hochschulen studieren heute nahezu doppelt so viele wie 1980, mit dem forcierten Ausbau der Fachhochschulen haben sich die Kapazitäten dort sogar verdreifacht.



Ein Drittel der Personalausgaben des Landes für das Schulwesen

Bei einer getrennten Betrachtung der einzelnen öffentlichen Ebenen zeigt sich, dass die Nettofinanzierungsanteile des Landes bzw. der Gemeinden und Gemeindeverbände an den Bildungsausgaben in den einzelnen Bereichen entsprechend der jeweiligen Aufgabenteilung zwischen Land und Kommunen recht unterschiedlich waren. Die Ausgaben für Hochschulen, Wissenschaft, Forschung und Entwicklung kamen fast ausschließlich vom Land, der Anteil war mit 98 bis 99% in allen Jahren ziemlich konstant. An den Aufwendungen für Schulen und vorschulische Bildung war das Land mit 70 bis 75% beteiligt, wobei Mitte der 80er-Jahre und Anfang der 90er-Jahre der Wert am höchsten war. Von der Finanzierung der Förderung des Bildungswesens und des sonstigen Bildungswesens hat sich das Land im Zeitablauf zurückgezogen, denn im Jahr 1980 trug es netto 63% der Ausgaben, im Jahr 1999 waren es noch 36%.

Für Schulen und vorschulische Bildung gab das Land im Jahr 2000 insgesamt 1,9 Mrd. Euro aus, das entsprach 16,6% des Gesamtetats. Verglichen mit 1980 hat sich der Anteil nicht erhöht, gegenüber 1990 ist jedoch ein geringfügiger Anstieg festzustellen. Das meiste Geld wurde für die Grund- bzw. Hauptschulen ausgegeben, es folgten mit großem Abstand die Gymnasien. An der Finanzierung der Kindergärten beteiligte sich das Land durch Zuweisungen an die Träger. Der Betrag dafür war höher als die Ausgaben für Real- bzw. Sonderschulen. Weil das Land für den Lehrkörper an den Schulen zuständig ist, entfiel der größte Teil der Ausgaben, nämlich 1,5 Mrd. Euro, auf das Personal. Dieser Betrag machte fast ein Drittel der gesamten Personalausgaben des Landes aus. Darüber hinaus gewährte das Land den Trägern der Schulen und vorschulischen Bildung laufende Zuweisungen und Zuschüsse in Höhe von 325 Mill. Euro. An den Investitionsvorhaben beteiligte es sich durch Zuweisungen und Zuschüsse mit 50 Mill. Euro. Das Gewicht der einzelnen Ausgabearten hat sich im Zeitablauf zum Teil deutlich verschoben. Während der Anteil der Personalausgaben für den Bereich Schulen und vorschulische Bildung an den Personalausgaben insgesamt zunächst sank, stieg er seit 1990 wieder an; er liegt heute jedoch noch immer unter dem Niveau von 1980. Deutlicher ist die Verschiebung bei den laufenden Zuweisungen und Zuschüssen, die stark an Bedeutung gewonnen haben, während die Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen rückläufig waren.

Die Ausgabenstruktur der Gemeinden und Gemeindeverbände im Bereich Schulen und vorschulische Bildung weicht von der des Landes deutlich ab. Sie gaben im Jahr 1999 – dies sind die jüngsten vorliegenden Ergebnisse – insgesamt 973 Mill. Euro aus, das ist mit einem Anteil von 15,1% des Gesamtetats weniger, als das Land anteilmäßig jährlich beisteuert. Im Gegensatz zum Land ist hier jedoch seit 1991 ein deutlicher Zuwachs zu beobachten, der zu einer steigenden Belastung der Kommunaletats führt. Ein Grund ist im dynamischen Wachsen der laufenden Ausgaben, wie Personal- und Sachaufwand, Zuweisungen und Zuschüsse, zu sehen, die sich seit 1980 verdreifachten, während sich die Investitionen kaum erhöhten. Insbesondere sind seit 1992 die laufenden Zuschüsse gestiegen, als mit dem Anspruch auf einen Kindergarten-

platz für dreijährige Kinder neue Gruppen eingerichtet worden sind und eine Aufstockung der Personalkostenanteile für Kindergärten in freier Trägerschaft vorgenommen wurde. Weil von der Trägerkommune lediglich der Aufwand im Schulbereich für Hausmeisterdienst, Schulsekretärin bzw. -sekretär, Reinigungsdienst usw. und bei eigenen Kindertagesstätten das Gehalt der Erzieherinnen zu finanzieren sind, beliefen sich die Personalkosten „nur“ auf 319 Mill. Euro, das waren aber immerhin 18,1% der gesamten Personalausgaben von Gemeinden und Gemeindeverbänden. Der laufende Sachaufwand belastete die Kommunaletats mit 206 Mill. Euro; für laufende Zuweisungen und Zuschüsse wurden 352 Mill. Euro ausgegeben.

Wissenschaftsetat beanspruchte 7,7% der Gesamtausgaben des Landes

Im Jahr 2000 gab das Land für Hochschulen, Wissenschaft, Forschung und Entwicklung außerhalb der Hochschulen 859 Mill. Euro aus, das entsprach 7,7% der Gesamtausgaben des Landes. Der weitaus überwiegende Teil entfiel auf die Universitäten und pädagogischen Hochschulen, es folgten mit großem Abstand die Fachhochschulen. Da der Wissenschaftsbereich ebenso wie das Schulwesen sehr personalintensiv ist, dominierten die Personalausgaben, die mit 428 Mill. Euro der größte Aufwandsposten waren. Für den laufenden Sachaufwand waren 201 Mill. Euro vorgesehen. Die Bedeutung der Wissenschaft für die Landespolitik wird auch durch die Tatsache verdeutlicht, dass hier einer der Investitionsschwerpunkte des Landes lag, denn mit 126 Mill. Euro flossen mehr als ein Drittel der gesamten Ausgaben für Sachinvestitionen in den Wissenschaftsbereich. Eine ähnlich hohe Quote konnte in den vorangegangenen Jahren registriert werden, während sie 1980 lediglich knapp halb so hoch lag. Die laufenden Zuschüsse, wobei es sich vor allem um Überweisungen an die Hochschulkliniken handelte, beanspruchten 81 Mill. Euro.

Die Zuständigkeit der Gemeinden und Gemeindeverbände im Wissenschaftsbereich beschränkt sich auf wissenschaftliche Bibliotheken, Museen und Sammlungen, die in Rheinland-Pfalz vor allem von den größeren Kommunen unterhalten werden. Dementsprechend war 1999 das Ausgabevolumen mit 9,8 Mill. Euro recht gering, wobei der weitaus überwiegende Teil für wissenschaftliche Bibliotheken vorgesehen war. Die Ausgabenstruktur wurde vom hohen Personalkostenanteil geprägt, denn zwei Fünftel der Ausgaben wurden für die Beschäftigten benötigt. Der laufende Sachaufwand beanspruchte ein Fünftel. Darüber hinaus wurden 1,3 Mill. Euro investiert. Im Zeitablauf sind die Aufwendungen der Gemeinden und Gemeindeverbände für diesen Aufgabenbereich stärker gestiegen als die Ausgaben insgesamt und auch stärker als die Ausgaben für das Schulwesen.

Steigender Kommunalanteil an den Ausgaben für das übrige Bildungswesen

Für die Förderung des Bildungswesens und für das sonstige Bildungswesen gab das Land im Jahr 2000 insgesamt 101 Mill. Euro aus. Unter Förderung des Bildungswesens werden die Ausbildungsförderung sowie

Ausgaben und Einnahmen des Landes für Bildung 1980 und 2000
(ohne besondere Finanzierungsvorgänge)

Ausgabeart Einnahmeart	1980			2000		
	Schulen und vor- schulische Bildung	Hochschulen; Wissenschaft, Forschung und Ent- wicklung außerhalb der Hochschulen	Förderung des Bildungs- wesens, sonstiges Bildungs- wesen	Schulen und vor- schulische Bildung	Hochschulen; Wissenschaft, Forschung und Entwik- lung außerhalb der Hochschulen	Förderung des Bildungs- wesens, sonstiges Bildungs- wesen
	1 000 EUR					
Ausgaben						
Personalausgaben	767 515	155 301	3 529	1 468 205	428 077	11 058
+ Laufender Sachaufwand, Zinsausgaben an andere Bereiche	7 976	64 773	23 875	18 927	200 957	12 649
+ Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	108 666	38 668	105 494	325 267	84 417	70 258
= Ausgaben der laufenden Rechnung	884 158	258 741	132 899	1 812 398	713 452	93 965
Sachinvestitionen	2 218	48 753	1 590	1 261	125 676	2 025
+ Vermögensübertragungen	66 616	794	4 154	49 528	20 463	5 482
+ Darlehen an andere Bereiche	-	-	11 666	-	-	-
= Ausgaben der Kapitalrechnung	68 834	49 546	17 409	50 789	146 138	7 506
= Gesamtausgaben	952 992	308 288	150 308	1 863 187	859 591	101 471
- Zahlungen vom öffentlichen Bereich	4 455	23 794	72 511	6 402	70 307	22 982
= Nettoausgaben	948 536	284 494	77 797	1 856 785	789 283	78 489
Einnahmen						
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	58	2 326	90	2 687	6 823	204
+ Zinseinnahmen von anderen Bereichen	-	1	-	-	-	86
+ Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	3 459	26 845	63 241	6 822	118 350	22 884
+ Sonstige laufende Einnahmen	2 932	982	157	4 517	5 656	378
= Einnahmen der laufenden Rechnung	6 448	30 154	63 489	14 026	130 828	23 553
Veräußerung von Sachvermögen	25	55	-	7	1 524	-
+ Vermögensübertragungen	911	10 239	10 819	-	47 372	235
+ Darlehensrückflüsse	129	2	594	-	-	9 480
= Einnahmen der Kapitalrechnung	1 065	10 296	11 413	7	48 896	9 716
= Gesamteinnahmen	7 513	40 450	74 902	14 033	179 724	33 268

andere Förderungsmaßnahmen für Studierende sowie Schülerinnen und Schüler subsumiert, dem sonstigen Bildungswesen werden die Volkshochschulen, die betriebliche und überbetriebliche Aus- und Fortbildung, das Bibliothekswesen und die außerschulische Jugendförderung zugeordnet. Entsprechend dem Charakter dieser Aufgaben überwogen die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse mit 70,3 Mill. Euro, während die Personalausgaben mit 11,1 Mill. Euro und der laufende Sachaufwand mit 12,6 Mill. Euro eine geringere Bedeutung hatten. Das meiste Geld wurde für die Ausbildungsförderung und andere Förderungsmaßnahmen für Studierende benötigt. Verglichen mit 1980 sind die Ausgaben um fast ein Drittel reduziert worden, weil insbesondere der Bund seine Zuweisungen gekürzt hat, während das Land seinen eigenen Beitrag nahezu unverändert ließ.

Die Gemeinden und Gemeindeverbände gaben im Jahr 1999 insgesamt 154 Mill. Euro aus, wobei sich diese Ausgaben auf die Schülerbeförderung und Kindergartenfahrten sowie Volkshochschulen und öffentliche Büchereien konzentrierten. In der Vergangenheit zeigte dieser Bereich die größte Wachstumsdynamik, denn die Ausgaben haben sich nahezu verdreifacht, weil insbesondere die Schülerbeförderung erhebliche

zusätzliche Mittel benötigte. Bei den Gesamtausgaben dominierte der laufende Sachaufwand mit 120 Mill. Euro, der überwiegend im Bereich der Schülerbeförderung entstand. Für das Personal, vor allem bei den Volkshochschulen und den öffentlichen Büchereien, wurden 25 Mill. Euro benötigt.

Einnahmen im Bildungsbereich waren überwiegend Zuweisungen und Zuschüsse

Die politischen Entscheidungsträger legen in den Haushaltsplänen die Ausgabensummen fest, die zur Wahrnehmung der jeweiligen Aufgabe verwendet werden sollen. Den Ausgaben stehen in der Regel zweckgebundene Einnahmen in Form von Zuweisungen und Zuschüssen von öffentlichen und anderen Bereichen sowie z. B. Gebühren- und Mietzahlungen von den Nutzern gegenüber. Werden die für jede einzelne Aufgabe nachgewiesenen Ausgaben mit den dort verbuchten Einnahmen saldiert, ergibt sich für die meisten Aufgabenbereiche, so auch für den Bildungsbereich, eine Finanzierungslücke, die durch Einnahmen aus allgemeinen Deckungsmitteln – insbesondere Steuern und allgemeine Zuweisungen – ausgeglichen werden muss. Der Zuschussbedarf des Landes für das Schulwesen

und für die Wissenschaft hat sich im Zeitablauf erhöht, während er für den Förderungsbereich nahezu unverändert geblieben ist. Bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden ist in allen drei Bereichen eine Zunahme zu beobachten.

Das Land nahm im Jahr 2000 für Schulen und vorschulische Bildung insgesamt 14 Mill. Euro ein, davon kamen 6,8 Mill. Euro als laufende Zuweisungen und Zuschüsse von öffentlichen und anderen Bereichen, 4,5 Mill. Euro stammten aus Gebühren und sonstigen laufenden Einnahmen, die restlichen Mittel wurden durch Miet- und Pachteinnahmen erwirtschaftet. Die Einnahmen deckten im Durchschnitt der Jahre 1,3% der Ausgaben, wobei die Schwankungen in den einzelnen Jahren lediglich zwischen 0,7% und 2,1% lagen.

Die Gemeinden und Gemeindeverbände erzielten im Jahr 1999 deutlich höhere Einnahmen als das Land, nämlich 272 Mill. Euro. In den einzelnen Jahren waren bei einem Mittelwert von 22% zwischen 16,5% und 28%

der Ausgaben durch Einnahmen gedeckt. Zurückzuführen sind die hohen Mittelzuflüsse auf die laufenden Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich, die insbesondere für die Tageseinrichtungen für Kinder gewährt werden. Sie verzeichneten in den letzten Jahren sehr hohe Steigerungsraten. Bedeutsam sind auch die Vermögensübertragungen vom Land, die für Investitionen im Schulbereich zur Verfügung gestellt werden. Die Gebühren und sonstigen laufenden Einnahmen, die vor allem von den Nutzern der Kindertagesstätten kamen, führten zu Einnahmen in Höhe von 40,7 Mill. Euro. Sie sind im Zeitablauf überdurchschnittlich gewachsen.

Die Einnahmen des Landes für Hochschulen, Wissenschaft und Forschung beliefen sich im Jahr 2000 auf 179,7 Mill. Euro. Sie wurden überwiegend von anderen Bereichen als laufende Zuschüsse gewährt, aber auch vom Bund kamen Zuweisungen für laufende Zwecke und Investitionen in nennenswertem Umfang. Die Gebühren und sonstigen laufenden Einnahmen brachten 5,7 Mill. Euro in die Kasse, weitere 6,8 Mill. Euro wurden

Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände für Bildung 1980 und 1999
(ohne besondere Finanzierungsvorgänge)

Ausgabeart Einnahmeart	1980			1999		
	Schulen und vor- schulische Bildung	Wissen- schaft und Forschung	sonstiges Bildungs- wesen	Schulen und vor- schulische Bildung	Wissen- schaft und Forschung	sonstiges Bildungs- wesen
1 000 EUR						
Ausgaben						
Personalausgaben	123 375	2 603	12 149	319 192	3 954	25 121
+ Laufender Sachaufwand, Zinsausgaben an andere Bereiche	130 586	934	35 209	205 587	1 903	120 231
+ Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	32 434	15	2 344	352 484	2 022	4 344
= Bruttoausgaben der laufenden Rechnung	286 395	3 552	49 702	877 264	7 878	149 696
- Zahlungen von Gemeinden (Gv.)	32 130	1	373	127 002	8	1 043
= Gesamtausgaben der laufenden Rechnung	254 265	3 551	49 329	750 262	7 870	148 653
Sachinvestitionen	191 400	357	5 469	212 668	1 284	4 710
+ Vermögensübertragungen	13 684	-	208	26 285	-	614
+ Darlehen und Tilgungsausgaben	36	-	-	817	-	-
+ Erwerb von Beteiligungen	-	-	-	-	639	-
= Bruttoausgaben der Kapitalrechnung	205 120	357	5 677	239 770	1 923	5 323
- Zahlungen von Gemeinden (Gv.)	12 426	-	22	16 784	-	67
= Gesamtausgaben der Kapitalrechnung	192 694	357	5 655	222 987	1 923	5 256
Gesamtausgaben	446 959	3 909	54 985	973 249	9 793	153 909
Einnahmen						
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 564	147	157	7 407	111	814
+ Zinseinnahmen von anderen Bereichen	114	-	-	2	16	2
+ Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	44 689	219	2 172	292 436	858	5 981
+ Sonstige laufende Einnahmen	9 944	142	4 455	40 653	112	24 241
= Bruttoeinnahmen der laufenden Rechnung	59 310	508	6 784	340 497	1 097	31 037
- Zahlungen von Gemeinden (Gv.)	32 130	1	373	127 002	8	1 043
= Gesamteinnahmen der laufenden Rechnung	27 181	507	6 412	213 495	1 089	29 994
Veräußerung von Sachvermögen	5 437	7	2	3 066	63	1 045
+ Vermögensübertragungen	70 185	82	1 548	72 299	1 049	2 296
+ Darlehensrückflüsse	61	1	-	65	-	1
+ Veräußerung von Beteiligungen	20	-	-	-	-	-
= Bruttoeinnahmen der Kapitalrechnung	75 703	89	1 550	75 430	1 112	3 341
- Zahlungen von Gemeinden (Gv.)	12 426	-	22	16 784	-	67
= Gesamteinnahmen der Kapitalrechnung	63 277	89	1 528	58 646	1 112	3 274
Gesamteinnahmen	90 458	596	7 940	272 141	2 201	33 268

z. B. durch Mieten und Pachten erzielt. Die Einnahmen deckten in den einzelnen Jahren zwischen 13,1% und 26,1% der Ausgaben.

Die Gemeinden und Gemeindeverbände verbuchten im Jahr 1999 mit 2,2 Mill. Euro wesentlich weniger Einnahmen als das Land. Als Mittelwert errechnet sich eine Deckungsquote von 23,3%. Die Abweichungen waren jedoch sehr groß, weil die Ausgaben und Einnahmen im Zeitablauf mehr oder weniger stark schwankten, so dass sich eine Spanne von 9,4% bis 48,1% ergab. Auch hier waren die Haupteinnahmequelle Zuweisungen vom öffentlichen Bereich für Investitionen und für laufende Zwecke.

Aus der Förderung des Bildungswesens und dem sonstigen Bildungswesen erzielte das Land im Jahr 2000 Einnahmen in Höhe von 33,3 Mill. Euro, die zu zwei

Dritteln in Form von laufenden Zuweisungen vom Bund kamen. Darüber hinaus wurden 9,5 Mill. Euro als Darlehensrückflüsse von anderen Bereichen vereinnahmt. Die Deckungsquote war recht hoch, sie bewegte sich in den einzelnen Jahren zwischen 32,8% und 49,8%, im Durchschnitt lag sie bei 41,9%. Die Gemeinden und Gemeindeverbände vereinnahmten im Jahr 1999 insgesamt 33,3 Mill. Euro, davon waren 24,2 Mill. Euro Gebühren und sonstige laufende Einnahmen, die vor allem von den Nutzern der Schülerbeförderung und der Volkshochschulen kamen. Darüber hinaus gewährte das Land Zuweisungen für laufende Zwecke und für Investitionen in nennenswertem Umfang. Die Einnahmen deckten hier im Durchschnitt 17,8% der Ausgaben, bei einer Schwankungsbreite in den betrachteten Jahren von 10,4% bis 21,6%.

Diplom-Volkswirt Rudolf Lamping

Fremdenverkehr 2001

Zur Beherbergungsstatistik sind gemäß § 5 des Gesetzes über die Statistik der Beherbergung im Reiseverkehr (Beherbergungsstatistikgesetz – BeherbStatG) vom 14. Juli 1980 alle Betriebe berichtspflichtig, die nach ihrer Einrichtung und Zweckbestimmung dazu dienen, mehr als acht Gäste gleichzeitig vorübergehend zu beherbergen. Auskunftspflichtig sind die Inhaber oder Leiter der Beherbergungsstätten. Der Erhebungsweg verläuft von den Betrieben über die statistischen Erhebungsstellen in den Gemeindeverwaltungen zum Statistischen Landesamt, wo die gewonnenen Daten aufbereitet und veröffentlicht werden. Seit ihrer Neukonzeption im Jahr 1980 besteht die Beherbergungsstatistik aus zwei Teilen, und zwar aus

- der laufenden monatlichen Erhebung sowie
- der sechsjährlichen Kapazitätserhebung.

In der monatlichen Berichterstattung, deren Ergebnisse hier im Überblick dargestellt werden, stellen die Ankünfte und Übernachtungen von Gästen die wichtigsten Erhebungsmerkmale dar. Bei Gästen aus dem Ausland wird auch deren Herkunftsland erfragt. Erhoben wird darüber hinaus die Zahl der Gästebetten und Wohneinheiten sowie bei Campingplätzen, die hier außerhalb der Betrachtung bleiben, die Zahl der Stellplätze.

In der räumlichen Gliederung bietet die Beherbergungsstatistik Ergebnisse auf allen administrativen Ebenen sowie in der Untergliederung nach den sieben nichtadministrativen Fremdenverkehrsgebieten. Sie stellt

insofern ein flexibles Informationsinstrument für die verschiedenen tourismuspolitischen Akteure wie auch für das Marketing dar. Ein weiteres Gliederungsmerkmal sind die Betriebsarten, die sich an den Kriterien der Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 93) orientieren. Dabei zeigt sich, dass annähernd 50% aller Übernachtungen auf die vier Betriebsarten der klassischen Hotellerie (Hotels, Hotels garnis, Gasthäuser, Pensionen und Fremdenheime) entfallen, gut vier Zehntel allein auf Hotels und Hotels garnis.

Zum Bundesberichtskreis zählt auch die Betriebsart Heilstätten, Sanatorien und Kuranstalten, und zwar dann, wenn bei diesen Einrichtungen davon auszugehen ist, dass die dort untergebrachten Personen überwiegend in der Lage sind, während ihres Aufenthaltes den Anstaltsbereich zu verlassen und die gemeindlichen Fremdenverkehrseinrichtungen in Anspruch zu nehmen. Mehr als 11% aller erfassten Übernachtungen entfielen 2001 auf Heilstätten, Sanatorien und Kuranstalten, deren Klientel insbesondere in den 21 Heilbädern des Landes einen wichtigen Nachfragefaktor darstellt.

Auf der Grundlage des Landesgesetzes über Fremdenverkehrsstatistik in Rheinland-Pfalz vom 19. März 1951 werden – über den Bundesberichtskreis hinausgehend – Privatquartiere und gewerbliche Kleinbetriebe mit jeweils weniger als neun Betten befragt, die ca. 15% aller Übernachtungen auf sich vereinigen und in den bedeutenden Weinanbaugebieten des Landes meist ein

Gäste und Übernachtungen 2001 nach Fremdenverkehrsgebieten, Betriebsarten und Gemeindegruppen

Fremdenverkehrsgebiet Betriebsart Gemeindegruppe	Gäste		Übernachtungen	
	insgesamt	Veränderung gegenüber 2000	insgesamt	Veränderung gegenüber 2000
	Anzahl	%	Anzahl	%
Rheintal	866 120	-1,1	2 166 814	-2,0
Rheinhessen	663 918	-6,5	1 241 342	-2,9
Eifel/Ahr	1 186 788	-6,3	4 259 770	-6,8
Mosel/Saar	1 684 983	-2,7	5 745 175	-1,7
Hunsrück/Nahe/Glan	562 888	-4,5	2 372 965	-2,2
Westerwald/Lahn/Taunus	513 922	-8,7	1 725 859	-6,5
Pfalz	1 463 705	-3,0	4 175 324	-2,0
Hotels	3 629 862	-4,7	7 956 030	-4,6
Hotels garnis	448 842	-6,6	993 771	-7,6
Gasthäuser	314 647	-9,2	832 124	-13,9
Pensionen	275 972	-7,0	998 872	-5,0
Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime	392 687	-2,8	1 401 575	-1,2
Heilstätten, Sanatorien, Kuranstalten	113 741	3,7	2 477 171	4,1
Ferienzentren	520 016	-8,3	2 615 135	-7,0
Ferienhäuser	490 115	2,7	1 145 864	3,2
Jugendherbergen u. ä. Einrichtungen	756 442	0,4	3 266 707	-0,6
Privatquartiere ¹⁾				
Heilbäder	963 097	-2,9	4 339 167	-0,2
Luftkurorte	770 549	-4,2	2 965 455	-2,5
Erholungsorte	1 006 604	-1,9	3 641 669	-3,9
Fremdenverkehrsorte	3 226 276	-5,1	8 604 165	-5,1
Sonstige Gemeinden	975 798	-4,6	2 136 793	-2,8
Insgesamt	6 942 324	-4,2	21 687 249	-3,3

1) Neben Privatquartieren mit weniger als 9 Betten sind hier auch gewerbliche Kleinbetriebe mit weniger als 9 Betten berücksichtigt.

erhebliches Gewicht haben. Annähernd jedes Fünftel der in Rheinland-Pfalz insgesamt angebotenen 191 150 Betten stand im Jahr 2001 in einer Kleinbeherbergungsstätte.

Zudem werden die rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsgemeinden aufgrund des Landesgesetzes über die Anerkennung von Kurorten, Erholungsorten und Fremdenverkehrsgemeinden vom 21. Dezember 1978 durch verschiedene Prädikate charakterisiert. Die Beherbergungsstatistik folgt dieser Einteilung, indem sie ihre Ergebnisse auch in der Gliederung nach Gemeindegruppen, zusammengefasst nach den jeweiligen Prädikaten, präsentiert.

Gutes Ergebnis mit 6,9 Mill. Gästen

Mit mehr als 6,9 Mill. Gästen (-4,2% gegenüber 2000) wurde 2001 im rheinland-pfälzischen Fremdenverkehr das zweithöchste Ergebnis seit Beginn der Tourismusstatistik erzielt. 1989 war bei der Gästezahl erstmals die 6-Millionen-Grenze übertroffen worden, die in den Folgejahren lediglich 1993 und 1994 unterschritten wurde. Die geringsten Einbußen gegenüber dem Rekordjahr 2000 erlitten die Fremdenverkehrsgebiete Rheintal (866 120; -1,1%), Mosel/Saar (1 684 983; -2,7%) und die Pfalz (1 463 705; -3%). In Hotels wurden landesweit etwas mehr als 3,6 Mill. Gäste (-4,7%) beherbergt.

Entgegen den allgemeinen Einbußen wiesen auf der anderen Seite Jugendherbergen und Hütten (490 115; +2,7%) sowie Kleinbeherbergungsbetriebe (756 442; +0,4%) einen erfreulichen Zuwachs auf. Nach den erheblichen Einbußen in den Jahren 1996 und 1997, die im Wesentlichen aus den veränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen im Gesundheitswesen resultierten, meldeten außerdem die Heilstätten, Sanatorien und Kuranstalten bereits seit 1998 wieder einen kontinuierlichen

Gäste und Übernachtungen 2001 nach dem Herkunftsland

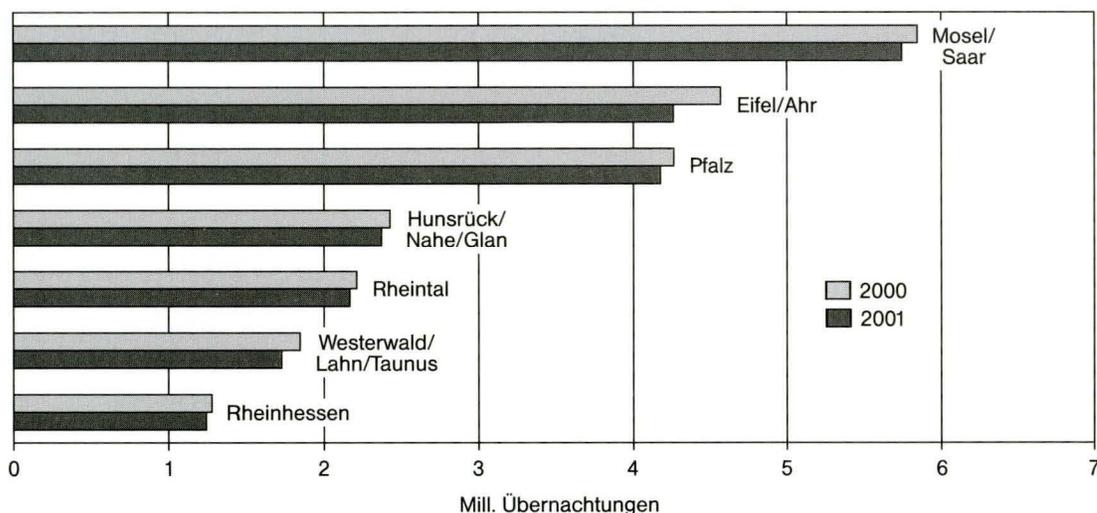
Herkunftsland der Gäste ¹⁾	Gäste		Übernachtungen	
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
Bundesrepublik Deutschland	5 574 225	80,3	17 594 784	81,1
Ausland	1 368 099	19,7	4 092 465	18,9
Belgien	192 705	2,8	601 904	2,8
Dänemark	20 939	0,3	65 346	0,3
Frankreich	41 701	0,6	87 530	0,4
Großbritannien und Nordirland	176 093	2,5	477 038	2,2
Italien	25 632	0,4	55 694	0,3
Luxemburg	10 745	0,2	27 356	0,1
Niederlande	411 632	5,9	1 759 852	8,1
Österreich	23 843	0,3	61 961	0,3
Schweden	21 904	0,3	53 450	0,2
Schweiz	29 625	0,4	61 838	0,3
USA	172 613	2,5	353 732	1,6
Japan	22 529	0,3	35 878	0,2
übrige Länder	243 770	3,5	506 580	2,3
Insgesamt	6 942 324	100	21 687 249	100

1) Maßgebend ist der ständige Wohnsitz der Gäste, nicht die Nationalität.

lichen Anstieg in Bezug auf das Gästeaufkommen. Die Zahl der Kurgäste stieg von 86 534 im Jahr 1998 auf 113 741 im Jahr 2001. Im Vergleich zum Jahr 2000 konnte die Zahl der Gäste um 3,7% erhöht werden.

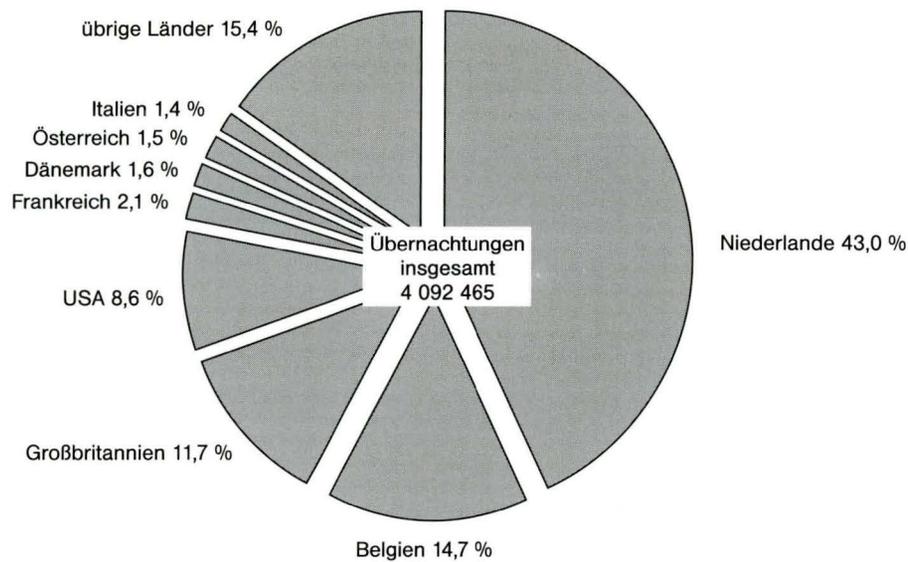
In sämtlichen Gemeindegruppen wurden insgesamt weniger Gäste als 2000 registriert, wobei die zahlreichen Fremdenverkehrsorte (3 226 276; -5,1%) des Landes deutlich hinter dem Vorjahresergebnis zurückblieben. Unter saisonalen Gesichtspunkten erlitt die Gästezahl vor allem in den Monaten Dezember, September, Oktober und Mai spürbare Einschnitte. Wie bereits im Jahr 2000 wurde auch 2001 das höchste Gästeaufkommen im Monat September (870 977) erzielt,

Übernachtungen 2000 und 2001 nach Fremdenverkehrsgebieten



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Übernachtungen ausländischer Gäste 2001 nach ausgewählten Herkunftsländern



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

wengleich der September relativ viele Regentage aufwies. Für den saisonalen Verlauf der touristischen Nachfrage sind hier neben dem Wetter, anders als in vielen anderen Bundesländern, vor allem die Weinlese, zahlreiche landestypische Weinfeste und flankierende Marketingaktivitäten mitentscheidend.

Auch die Zahl ausländischer Gäste (1 368 099; -7,2%) blieb 2001 hinter dem Vorjahresniveau zurück. Die meisten ausländischen Gäste besuchten die Regionen Mosel/Saar (391 739), Eifel/Ahr (276 378) und das Rheintal (231 545). Hunsrück/Nahe/Glan meldete 13,1%, Eifel/Ahr 11,5% und Rheinhessen 11,1% weniger Besucher als 2000. Nach den Hotels (833 302; -7,6%) waren die Ferienzentren (205 827; -8,7%) zweitwichtigste Betriebsart, gefolgt von den Kleinbetrieben (117 935; +0,7%). Die meisten ausländischen Gäste stammten aus den Niederlanden, Belgien, Großbritannien und den USA. Auffallend ist, dass Niederländer nach wie vor ganz überwiegend Ferienzentren und Ferienwohnungen bevorzugen, während US-Amerikaner, Briten oder Belgier sehr viel lieber Dienstleistungen der Hotels in Anspruch nehmen. Niederländer und Belgier fühlen sich offenbar in den Fremdenverkehrsregionen Eifel/Ahr und Mosel/Saar am wohlsten. Dort sind beispielsweise große Ferienzentren angesiedelt. US-Bürger haben Rheinhessen zum Ziel, was sicherlich auch mit den Reiseaktivitäten der Angehörigen von US-Stationierungstreitkräften sowie nicht zuletzt mit den vertraglich vereinbarten Übernachtungskontingenten von US-Airline-Crews in Mainzer Hotels zusammenhängt; Briten besuchen mit Vorliebe das Rheintal.

Allein im September 2001 ging die Zahl der Gäste aus den USA gegenüber dem September 2000 um rund ein Drittel zurück. Darüber hinaus führte die Reisezu-

rückhaltung von US-Bürgern vor allem in den Monaten nach dem Terroranschlag von New York zu einem überdurchschnittlich rückläufigen Gästeaufkommen (172 613; -15,5%) dieser Nationalität im gesamten Jahresverlauf 2001.

Durchschnittliche Aufenthaltsdauer bleibt konstant

Die Zahl der Übernachtungen sank 2001 – nach den spürbaren Zuwächsen in den Jahren 1998 bis 2000 – um 3,3% auf 21,7 Mill. Der langjährige Abwärtstrend bei der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer (1978: 3,7 Tage; 1988: 3,5 Tage; 1998: 3,1 Tage) setzte sich damit 2001 nicht fort. In allen sieben Fremdenverkehrsgebieten wurden weniger Übernachtungen gezählt als im Vorjahr. In der – gemessen an den Übernachtungen – touristisch bedeutsamsten Region Mosel/Saar (5 745 175; -1,7%) fiel der Rückgang noch vergleichsweise moderat aus, während die Einbußen im Raum Eifel/Ahr (4 259 770; -6,8%) nachhaltiger waren. Das touristische Angebot und die reizvolle Landschaft motivierten die Touristen in der Pfalz zu 4 175 324 Übernachtungen, was einem Minus von 2% entspricht.

In Heilstätten, Sanatorien und Kuranstalten sowie in Jugendherbergen und Hütten fanden 2001 erfreulicherweise mehr Übernachtungen statt als im Jahr zuvor. Kleinbeherbergungsstätten konnten das Ergebnis des Vorjahres noch knapp behaupten. Gasthäuser, Hotels garnis und Ferienzentren meldeten hingegen erhebliche Einbußen. Die prädikatisierten Fremdenverkehrs- und Erholungsorte büßten angesichts der rückläufigen Gesamtentwicklung am stärksten ein. In den Heilbädern des Landes setzte sich der Aufwärtstrend der letzten Jahre zwar nicht fort, aber das Vorjahresergebnis

konnte näherungsweise gehalten werden. Berichtsgemeinden mit jeweils 5 000 bis unter 10 000 Einwohnern, die ein Fünftel aller Übernachtungen auf sich vereinen, konnten das Ergebnis aus 2000 sogar gut behaupten.

Der Ausländertourismus verlief 2001 erneut ungünstiger als der Inländertourismus. 17,6 Mill. Übernachtungen, das sind 2,5% weniger als im Vorjahr, entfielen auf deutsche Gäste. 4,1 Mill. Übernachtungen ausländischer Gäste bedeuteten ein Minus von 6,9%. Der Ausländertourismus wurde maßgeblich beeinträchtigt

durch die Reiseunlust US-amerikanischer, britischer und französischer Gäste, die die rheinland-pfälzische Tourismuswirtschaft im Saisonhöhepunkt traf. Nach dem guten Jahr 2000 war das Übernachtungsaufkommen niederländischer und belgischer Gäste ebenfalls stark rückläufig. Mit 1 759 852 Übernachtungen, das waren 6,7% weniger als 2000, halten Niederländer am gesamten Ausländertourismus immer noch einen Anteil von 43% und bleiben damit die mit Abstand wichtigste ausländische Besuchergruppe.

Diplom-Ökonom Rainer Klein

Bruttomonatsverdienste im Jahr 2001

Die laufende Verdiensterhebung erfasst für die Monate Januar, April, Juli und Oktober die Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter im produzierenden Gewerbe sowie die Gehälter der Angestellten im produzierenden Gewerbe, im Handel und im Kredit- und Versicherungsgewerbe untergliedert nach Leistungsgruppen. Dabei wird die Summenmethode angewendet, das heißt, erfragt werden nicht Angaben für einzelne Personen, sondern beispielsweise die Gehaltssumme einer Angestelltengruppe sowie deren Kopfzahl. Die Erhebung erfolgt als Stichprobe. In Rheinland-Pfalz werden rund 14% der zur Auswahlmasse zählenden Betriebe befragt. In den Wirtschaftsbereichen Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, verarbeitendes Gewerbe sowie Energie und Wasserversorgung werden Betriebe mit zehn und mehr Arbeitnehmern in die Erhebung einbezogen, im Baugewerbe sowie in den Dienstleistungsbereichen Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe Betriebe mit fünf und mehr Arbeitnehmern. Betrieb ist die örtliche Einheit als Zusammenfassung der räumlich zusammenhängenden Teile eines Unternehmens.

Es werden alle Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Angestellte der Stichprobenbetriebe berücksichtigt mit Ausnahme der Teilzeitbeschäftigten, Auszubildenden, mithelfenden Familienangehörigen sowie der Personen, die wegen Krankheit, Einstellung oder Entlassung nicht für den ganzen Erhebungsmonat entlohnt wurden. Ebenfalls nicht erfasst werden leitende Angestellte mit voller Aufsichts- und Dispositionsbefugnis. Als Arbeiter gelten Personen, die der Versicherungspflicht in der Arbeiterrentenversicherung unterliegen, als Angestellte zählen Arbeitnehmer, die der Versicherungspflicht in der Angestelltenrentenversicherung unterliegen oder die von der Versicherungspflicht aufgrund besonderer Vorschriften befreit sind.

Der Bruttomonatsverdienst umfasst alle Beträge, die vom Arbeitgeber in jeder Gehaltsabrechnungsperiode gezahlt werden, das ist das tariflich oder frei vereinbarte Gehalt der Angestellten bzw. der Lohn der Arbeiterinnen und Arbeiter einschließlich tariflicher oder außertariflicher Zulagen und Zuschläge. Dazu rechnen auch monatlich gezahlte Umsatzprovisionen, Kostenersatz und Zuschüsse für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte des Arbeitnehmers sowie der steuerliche Wert von Naturalleistungen (beispielsweise Kost und Unterkunft). Nicht zum Bruttoverdienst gehören alle Beträge, die nicht oder nicht ausschließlich der Arbeitstätigkeit in der Erhebungsperiode zuzurechnen sind, z. B. Nachzahlungen sowie alle einmaligen Zahlungen wie Gratifikationen, Jahresabschlussprämien, Gewinnanteile, Gewinnbeteiligungen, zusätzliches Urlaubsgeld und nicht regelmäßig gezahlte vermögenswirksame Leistungen. Dagegen sind solche Sonderzahlungen einzubeziehen, die laufend in monatlichen Teilbeträgen gezahlt werden. Nicht berücksichtigt werden außerdem Spesenersatz, Trennungschadigungen, Auslösungen und ähnliche Zahlungen.

Im Folgenden werden die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmer in den statistisch erfassten Wirtschaftszweigen für das Jahr 2001 dargestellt, und zwar differenziert nach Arbeiterinnen bzw. Ar-

beitern und Angestellten sowie nach dem Geschlecht. Ergebnisse der laufenden Verdiensterhebung für die einzelnen Erhebungsmonate untergliedert nach Leistungsgruppen können dem vierteljährlich erscheinenden statistischen Bericht (Kennziffer N I 1) entnommen werden.

Der durchschnittliche Monatslohn der Arbeiterinnen und Arbeiter im produzierenden Gewerbe lag mit 2 414 Euro im Jahr 2001 um 21 Euro oder 0,9% über dem Niveau des Vorjahres. Die relativ niedrige Steigerungsrate ist zum Teil auf einen Rückgang der bezahlten Arbeitszeit zurückzuführen. Im Durchschnitt des produzierenden Gewerbes sank die Zahl der bezahlten Wochenstunden um 0,8% gegenüber dem Vorjahr auf 38 im Jahr 2001. Allerdings liegt auch das Wachstum der Bruttostundenlöhne mit 1,5% noch deutlich unter dem Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Deutschland von 2,5% im Jahresdurchschnitt 2001 gegenüber 2000. Damit hatten die Arbeiterinnen und Arbeiter im Durchschnitt Einbußen der Reallöhne hinzunehmen. Frauen erhielten mit 1 820 Euro im Mittel 73% des Monatslohnes der Männer (2 486 Euro). Dieser statistisch ermittelte Verdienstrückstand der Frauen ist die Folge eines vergleichsweise hohen Anteils der Frauen in den unteren, geringer entlohten Leistungsgruppen und eines relativ hohen Frauenanteils in Wirtschaftszweigen mit unterdurchschnittlichem Verdienstniveau.

Deutlich über dem Durchschnitt lag das Lohnniveau im Fahrzeugbau (Frauen 2 148 Euro; Männer 2 639 Euro), darunter insbesondere bei der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (Frauen 2 492 Euro; Männer 2 813 Euro). Bemerkenswert ist in diesem Wirtschaftszweig der relativ geringe Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern. Im Jahr 2001 wurden überdurchschnittliche Löhne auch für die Arbeiterinnen und Arbeiter der chemischen Industrie (Frauen 1 969 Euro; Männer 2 858 Euro), der Energie- und Wasserversorgung (Frauen 2 118 Euro; Männer 2 695 Euro) und des Verlagsgewerbes (Frauen 2 316 Euro; Männer 3 159 Euro) ermittelt. Die größten Zunahmen der effektiv gezahlten Bruttomonatslöhne wurden für das Textil- und Bekleidungs-gewerbe (+3%), das Ernährungsgewerbe einschließlich Tabakverarbeitung (+2,3%), das Ledergewerbe sowie die chemische Industrie (+2,2%) festgestellt.

Die Angestellten im produzierenden Gewerbe bezogen mit 3 475 Euro ein um 2,7% höheres Monatsgehalt als im Vorjahr. Das Durchschnittsgehalt der Frauen erreichte mit 2 684 Euro knapp 72% des Verdienstes der Männer (3 751 Euro). Das Gehaltsniveau im Handel (2 350 Euro) und im Kredit- und Versicherungsgewerbe (2 844 Euro) lag deutlich unter dem des produzierenden Gewerbes. Dies kann auf Grundlage der statistisch erfassten Merkmale durch einen höheren Anteil technischer Angestellter, einen höheren Anteil der oberen Leistungsgruppen und einen höheren Anteil von Männern im produzierenden Gewerbe erklärt werden. Die Gehaltssteigerungen waren 2001 im Handel (+3,6%) und im Kredit- und Versicherungsgewerbe (+3,2%) größer als im produzierenden Gewerbe.

Durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst im Jahr 2001 nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	Arbeiter und Arbeiterinnen				Angestellte			
	Männer	Frauen	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr	Männer	Frauen	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr
	EUR			%	EUR			%
Produzierendes Gewerbe	2 486	1 820	2 414	0,9	3 751	2 684	3 475	2,7
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	2 463	/	2 462	-2,1	3 394	2 195	3 055	3,5
verarbeitendes Gewerbe	2 523	1 819	2 431	0,8	3 767	2 724	3 496	2,6
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	2 466	1 790	2 342	2,3	3 605	2 714	3 317	3,3
Textil- und Bekleidungsgewerbe	2 224	1 552	2 013	3,0	3 678	2 557	3 178	4,4
Ledergewerbe	1 790	1 480	1 598	2,2	3 066	2 082	2 682	4,1
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	2 175	1 671	2 123	-3,2	3 234	2 213	2 985	0,9
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	2 505	1 797	2 383	0,3	3 623	2 558	3 194	3,1
chemische Industrie	2 858	1 969	2 773	2,2	3 997	3 120	3 777	2,0
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	2 336	1 686	2 264	-0,3	3 463	2 396	3 170	2,2
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	2 481	1 777	2 412	-1,3	3 623	2 519	3 307	2,7
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	2 427	1 940	2 377	0,4	3 533	2 459	3 267	2,4
Maschinenbau	2 557	1 915	2 523	1,8	3 632	2 487	3 396	3,9
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen; Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	2 373	1 860	2 202	0,0	3 776	2 555	3 553	3,1
Fahrzeugbau	2 639	2 148	2 602	0,6	4 080	3 023	3 871	3,5
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonstigen Erzeugnissen; Recycling	2 241	1 840	2 166	1,5	3 531	2 326	3 147	3,6
Energie- und Wasserversorgung	2 695	2 118	2 683	1,1	3 453	2 509	3 230	1,4
Hoch- und Tiefbau	2 283	/	2 283	1,4	3 787	2 230	3 379	4,5
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	2 602	2 059	2 350	3,6
Kredit- und Versicherungsgewerbe	3 214	2 445	2 844	3,2

Die höchsten Monatsgehälter für Frauen im Angestelltenverhältnis wurden in der chemischen Industrie (3 120 Euro) gezahlt, gefolgt vom Fahrzeugbau (3 023 Euro). Bei den Männern war das Gehaltsniveau im Fahrzeugbau (4 080 Euro) am höchsten und lag noch über dem in der chemischen Industrie (3 997 Euro). Der Anteil der Frauen an den vollzeitbeschäftigten Angestellten entspricht in der chemischen Industrie

mit 25% etwa dem Durchschnitt des produzierenden Gewerbes (26%), im Fahrzeugbau liegt der Frauenanteil mit 20% merklich darunter. In den beiden statistisch erfassten Dienstleistungsbereichen Handel sowie Kredit- und Versicherungsgewerbe erreicht der Frauenanteil an den vollzeitbeschäftigten Angestellten 46% bzw. 48%.

Dr. Hans Herbert Krieg

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hier zu Lande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und Preisindizes, die für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet werden. Sowohl für den Preisindex der Lebenshaltung als auch für den Preisindex der Wohngebäude kann auf die für das Bundesgebiet berechneten Indizes zurückgegriffen werden.

BEVÖLKERUNG	Einheit	1999	2000			2001				
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 031 ¹⁾	4 035 ¹⁾	4 029	4 028	4 030	4 039	4 040	4 041	4 043
darunter Ausländer ²⁾	1 000	306 ¹⁾	302 ¹⁾	306	306	306	307	308	309	310
Natürliche Bevölkerungsbewegung³⁾										
* Eheschließungen ⁴⁾	Anzahl	1 887	1 844	2 511	2 683	2 285	1 317	2 233	2 475	2 048
* Lebendgeborene ⁵⁾	Anzahl	3 183	3 152	3 476	3 084	3 255	2 872	3 219	2 701	3 288
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	9,5	9,4	10,2	9,3	9,5	8,7	9,4	8,1	9,6
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁶⁾	Anzahl	3 544	3 507	3 533	3 201	3 252	3 516	3 665	3 140	3 615
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	10,6	10,4	10,3	9,7	9,5	10,6	10,7	9,5	10,5
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁶⁾	Anzahl	15	16	12	16	18	12	10	10	16
je 1 000 Lebendgeborene ⁷⁾	Anzahl	4,6	5,4	4,5	5,5	5,9	4,2	3,2	3,5	5,0
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-361	-355	-57	-117	3	-644	-446	-439	-327
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	-1,1	-1,1	-0,2	-0,4	0,0	-1,9	-1,3	-1,3	-1,0
Wanderungen										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	9 284	9 081	7 710	8 067	10 750	8 980	8 423	9 097	10 957
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	2 928	2 717	2 485	2 400	3 136	2 816	2 742	2 734	3 287
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 439	8 411	7 422	8 208	9 013	7 119	6 888	7 424	9 004
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 132	2 139	1 666	2 321	2 428	1 488	1 691	1 843	2 067
* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Anzahl	845	671	288	-141	1 737	1 861	1 535	1 673	1 953
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁸⁾	Anzahl	13 678	13 496	12 949	12 767	14 168	12 739	12 389	12 434	14 581
ERWERBSTÄTIGKEIT										
Beschäftigte		1997	1998	1999			2000			
		30.6.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ⁹⁾	1 000	1 158	1 159	1 175	1 200	1 188	1 188	1 191
* Frauen	1 000	499	500	507	518	517	518	518
* Ausländer/-innen	1 000	78	79	75	77	73	75	77
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	166	172	170	172	177	180	184
* darunter Frauen	1 000	152	156	153	155	157	160	162
davon nach Wirtschaftsgliederung										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	X	13	14	14	12	13	14
* produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	X	367	360	364	362	362	361
* Baugewerbe	1 000	X	94	93	97	93	91	92
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 000	X	256	264	270	266	265	268
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	1 000	X	120	127	131	130	132	134
* öffentl. und private Dienstleister	1 000	X	309	317	323	325	325	322

1) Statt Monatsdurchschnitt: Bevölkerung am 31. Dezember. - 2) Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. - 3) 2001 vorläufige Ergebnisse. - 4) Nach dem Ereignisort. - 5) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 6) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 7) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 8) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 9) Insgesamt einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Arbeitsmarkt	Einheit	2000		2001				2002		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
* Arbeitslose	Anzahl	138 337	134 801	144 146	144 468	139 187	141 710	154 106	152 931	146 789
* Frauen	Anzahl	63 800	61 894	64 177	63 984	62 431	62 989	65 312	64 611	62 872
Männer	Anzahl	74 537	72 907	79 969	80 484	76 756	78 721	88 794	88 320	83 917
darunter										
Bauberufe	Anzahl	6 745	7 009	9 062	9 158	8 443	8 003	10 537	10 160	9 015
industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	38 827	37 562	40 612	41 345	39 548	40 491	44 621	45 340	43 511
* Arbeitslosenquote ¹⁾	%	8,1	7,6	8,2	8,3	8,0	7,9	8,6	8,5	8,2
* Frauen	%	8,3	7,6	8,1	8,1	7,9	7,6	7,9	7,8	7,6
* Männer	%	7,9	7,6	8,4	8,4	8,0	8,1	9,2	9,1	8,7
* Ausländer/-innen	%	16,0	15,7	16,6	16,6	16,1	17,3	18,5	18,4	17,7
* Jüngere unter 25 Jahren	%	7,8	7,3	7,9	8,2	7,9	7,4	8,2	8,6	8,3
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	2 446	3 296	2 762	3 738	4 058	4 871	7 275	10 054	10 666
* Gemeldete Stellen	Anzahl	31 146	32 008	30 777	34 672	37 213	24 556	29 110	32 271	35 618
darunter										
Bauberufe	Anzahl	898	654	589	716	805	436	422	546	625
industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	6 741	7 162	6 594	6 971	7 275	5 871	5 816	5 883	6 329
BAUTÄTIGKEIT										
(Baugenehmigungen)										
Baugenehmigungen für Wohngebäude										
		1999	2000	2001			2002			
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	1 113	903	504	648	636	679	526	779	850
insgesamt										
* davon mit ...	Anzahl	1 033	844	475	612	597	646	498	734	814
1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	80	59	29	36	39	33	28	45	36
3 und mehr Wohnungen ²⁾										
davon										
öffentl. Bauherren u. Organisa-	Anzahl	4	3	1	-	-	2	3	1	3
tionen ohne Erwerbzzweck										
Unternehmen	Anzahl	193	164	83	110	97	124	77	81	139
private Haushalte	Anzahl	916	735	420	538	539	553	446	697	708
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 739	1 382	748	951	969	934	719	1 137	1 098
* Umbauter Raum	1 000 m ³	1 171	949	536	687	679	668	499	796	816
* Wohnfläche	1 000 m ²	208	170	94	122	124	123	90	143	145
Wohnräume	Anzahl	9 134	7 387	3 990	5 293	5 324	5 210	4 008	6 237	6 272
* Veranschlagte Kosten der										
Bauwerke	Mill. EUR	260	214	120	152	154	152	113	181	183
Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude										
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	217	184	131	145	144	173	109	125	143
insgesamt										
davon										
öffentl. Bauherren u. Organisa-	Anzahl	23	20	9	17	12	26	13	15	15
tionen ohne Erwerbzzweck										
Unternehmen	Anzahl	185	158	121	122	126	137	89	104	124
private Haushalte	Anzahl	9	6	1	6	6	10	7	6	4
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	66	42	24	14	39	16	11	27	8
* Umbauter Raum	1 000 m ³	1 084	988	668	862	643	740	1 737	599	639
* Nutzfläche	1 000 m ²	176	151	107	149	106	118	205	108	102
* Veranschlagte Kosten der										
Bauwerke	Mill. EUR	114	101	64	73	83	116	117	92	70
Genehmigte Wohnungen (Wohn- u. Nichtwohngebäude)										
* Wohnungen (Neubau u. Baumaß-	Anzahl	1 993	1 576	817	1 092	1 140	1 102	751	1 330	1 224
nahmen an bestehenden										
Gebäuden)										
* Wohnräume (einschließl. Küchen)	Anzahl	10 514	8 500	4 462	6 105	6 311	6 111	4 555	7 136	7 117

1) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. - 2) Einschließlich Wohnheime.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

LANDWIRTSCHAFT	Einheit	1999	2000		2001				2002		
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.		
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹⁾ darunter	t	12 249	11 571	10 578	10 880	9 808	11 821	10 478	11 286	9 867	
* Rinder (ohne Kälber)	t	3 016	2 749	1 768	1 737	1 825	3 852	2 816	3 117	2 641	
* Kälber	t	25	24	36	14	15	37	53	16	17	
* Schweine	t	9 092	8 672	8 570	9 014	7 841	7 777	7 477	8 091	7 096	
* Eierzeugung ²⁾ Milcherzeugung (Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien)	1 000 t	14 290 63 124	13 631 62 033	13 080 60 245	12 604 61 503	11 798 56 536	13 838 58 746	13 311 61 816	12 148 63 280	9 710 58 487	
PRODUZIERENDES GEWERBE											
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ³⁾											
* Betriebe	Anzahl	2 275	2 308	2 299	2 384	2 382	2 384	2 384	2 402	2 402	
* Beschäftigte ⁴⁾	Anzahl	307 750	303 460	302 027	302 024	302 052	300 364	297 844	298 250	297 840	
* darunter Arbeiter/-innen ⁵⁾	Anzahl	197 036	193 426	192 221	193 054	192 982	190 611	187 905	188 567	188 146	
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000 h	26 089	25 658	23 122	26 246	24 810	25 771	21 763	24 889	23 907	
* Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. EUR	868	885	862	850	816	1 183	880	846	814	
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	462	466	451	444	427	621	454	440	423	
* Bruttogehaltsumme	Mill. EUR	407	419	411	405	389	562	427	405	391	
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) davon	Mill. EUR	4 846	5 106	5 120	4 971	5 027	5 217	4 676	4 748	4 823	
Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. EUR	2 655	2 973	2 770	2 869	2 941	2 889	2 369	2 646	2 824	
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 240	1 149	1 354	1 094	1 120	1 208	1 289	1 023	1 039	
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	99	105	91	112	102	131	105	98	99	
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	851	879	904	896	864	988	914	981	860	
darunter											
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	1 990	2 072	2 041	2 191	2 142	2 242	1 951	2 038	2 137	
Exportquote ⁶⁾	%	41,1	40,6	39,9	44,1	42,6	43,0	41,7	42,9	44,3	
Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	164	137	160	165	148	148	149	159	146	
		1999	2000			2001				2002	
		Durchschnitt	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal		
Energieverbrauch	1 000 GJ	54 288	53 842	51 802	50 341	55 205	55 884	49 620	45 868	50 989	
Kohleverbrauch	1 000 GJ	2 673	2 007	2 310	1 774	1 703	1 781	1 664	1 534	1 424	
Gasverbrauch ⁷⁾	1 000 GJ	36 335	36 253	34 029	33 438	37 923	38 843	33 570	29 958	34 900	
Heizölverbrauch	1 000 GJ	2 802	2 569	2 387	2 041	2 687	2 424	1 750	1 580	2 271	
Stromverbrauch	1 000 GJ	12 478	13 012	13 075	13 088	12 892	12 837	12 635	12 796	12 394	
		1999	2000		2001				2002		
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.		
* Betriebe ³⁾	Anzahl	77	86	87	86	86	87	88	87		
* Beschäftigte ^{3) 4)}	Anzahl	13 644	12 389	11 888	11 204	11 112	10 744	10 737	10 921	10 934	
* darunter Arbeiter/-innen ⁵⁾	Anzahl	6 570	5 945	5 696	5 038	4 936	4 775	4 769	4 937	4 806	
* Geleistete Arbeiterstunden ³⁾	1 000 h	852	751	685	644	598	630	568	1 478	1 344	
* Bruttolohn- und -gehaltsumme ³⁾	Mill. EUR	40	39	33	30	34	41	32	31	36	
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	17	16	13	11	13	15	12	11	13	
* Bruttogehaltsumme	Mill. EUR	24	23	20	18	21	25	19	20	22	
Stromerzeugung in öffentlichen Energieversorgungsunter- nehmen ⁸⁾											
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	556	555	544	590	548	696	741	
* Nettostromerzeugung	Mill. kWh	532	537	530	560	534	680	724	
* Gasaufkommen	Mill. kWh	5 851	5 774	7 637	8 496	7 117	7 438	8 661	8 875	6 796	

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Nieren. - 2) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Haltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeriern. - 3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. - 4) Einschließlich der tätigen Inhaber. - 5) Einschließlich der gewerblich Auszubildenden. - 6) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. - 7) 1 m³ = 35,169 MJ = 9,769 kWh (Brennwert = oberer Heizwert). - 8) Kraftwerke mit mehr als 1 MW Kraftwerksleistung.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

	Einheit	1999	2000		2001				2002	
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
Baugewerbe										
Bauhauptgewerbe (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau) ¹⁾										
* Beschäftigte ²⁾	Anzahl	47 826	46 850	45 002	43 896	43 528	44 569	43 992	42 977	42 238
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 841	4 989	3 861	3 264	3 741	4 684	3 319	2 689	3 250
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	2 046	2 192	1 685	1 463	1 629	1 857	1 289	1 119	1 315
* gewerblicher Bau ³⁾	1 000 h	1 236	1 241	958	883	951	1 187	909	802	911
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 559	1 556	1 218	918	1 161	1 640	1 121	768	1 024
darunter Straßenbau	1 000 h	710	723	551	340	510	753	493	309	414
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. EUR	102	102	99	88	83	118	99	85	81
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	78	78	75	66	61	88	74	61	57
* Bruttogehaltssumme	Mill. EUR	24	24	25	22	22	30	25	24	23
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	366	370	420	280	242	415	414	213	212
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	130	124	129	82	81	124	128	65	69
* gewerblicher Bau ³⁾	Mill. EUR	106	112	118	82	79	122	110	76	68
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	130	134	173	116	82	168	175	72	74
darunter Straßenbau	Mill. EUR	61	58	73	56	34	77	80	36	28
Ausbaugewerbe (Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe) ⁴⁾										
		1999	2000			2001				
		Durchschnitt	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	
Betriebe ⁵⁾	Anzahl	389	402	403	402	402	398	394	393	392
* Beschäftigte ^{2) 5)}	Anzahl	14 652	14 308	14 350	14 393	14 222	14 068	13 754	13 869	13 707
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 527	4 398	4 482	4 420	4 293	4 212	4 126	4 262	4 176
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. EUR	91	91	92	89	97	86	88	87	97
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	64	64	65	63	68	61	62	62	69
* Bruttogehaltssumme	Mill. EUR	27	27	27	26	29	26	26	25	28
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	302	309	269	310	407	230	270	284	377
HANDEL										
Großhandel^D (einschl. Kfz-Handel und Tankstellen)										
		1999	2000		2001				2002	
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
* Beschäftigte	1995=100	96,8	95,8	94,5	93,8	93,8	93,2	93,0	93,5	92,2
darunter Teilzeitbeschäftigte	1995=100	98,9	98,4	95,7	95,8	95,6	99,9	97,7	99,8	97,2
* Umsatz nominal ⁶⁾	1995=100	108,5	115,6	113,9	104,8	99,8	123,6	109,0	106,5	96,9
* Umsatz real ⁶⁾	1995=100	110,7	113,3	110,2	103,9	97,4	121,6	105,3	104,8	94,8
Einzelhandel^D (einschl. Kfz-Handel und Tankstellen)										
* Beschäftigte	1995=100	93,0	90,3	91,9	91,8	93,0	93,3	96,3	97,2	96,7
darunter Teilzeitbeschäftigte	1995=100	102,5	99,6	101,3	100,3	100,9	102,8	107,1	108,8	107,9
* Umsatz nominal ⁶⁾	1995=100	98,8	98,7	119,0	93,6	87,3	106,0	122,1	94,8	87,9
* Umsatz real ⁶⁾	1995=100	96,8	95,9	115,3	90,6	84,3	101,3	117,1	90,5	83,8
GASTGEWERBE^D										
* Beschäftigte	1995=100	87,9	84,2	81,3	79,6	79,8	83,3	82,1	71,3	71,2
darunter Teilzeitbeschäftigte	1995=100	90,9	83,7	79,4	79,6	78,8	82,7	80,7	70,8	70,5
* Umsatz nominal ⁶⁾	1995=100	99,8	101,8	98,2	88,6	85,7	97,3	96,9	79,9	78,2
* Umsatz real ⁶⁾	1995=100	95,2	96,2	93,3	83,9	81,2	91,1	90,2	73,1	69,4

1) Nach der Totalerhebung hochgerechnet. - 2) Einschließlich der tätigen Inhaber. - 3) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. - 4) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. - 5) Am Ende des Berichtsvierteljahres. - 6) Ohne Umsatzsteuer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

TOURISMUS ¹⁾	Einheit	1999	2000		2001				2002	
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
* Gästeankünfte	1 000	510	541	372	269	307	477	314	270	308
* darunter von Auslandsgästen	1 000	104	113	86	50	64	87	74	48	64
* Gästeübernachtungen	1 000	1 488	1 596	1 138	791	893	1 186	974	772	927
* darunter von Auslandsgästen	1 000	295	324	253	127	178	211	225	123	211
VERKEHR										
Straßenverkehrsunfälle										
		1999	2000		2001				2002	
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ²⁾	Anzahl	10 318	10 384	11 022	11 271	10 363	10 850	11 559	11 050	10 378
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 617	1 578	1 537	1 413	1 357	1 679	1 485	1 326	1 091
* Getötete Personen	Anzahl	32	30	17	21	23	34	29	18	21
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	20	17	8	15	21	18	17	9	16
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	6	6	3	-	-	5	2	1	-
Radfahrer	Anzahl	2	2	1	-	-	1	-	1	2
Fußgänger	Anzahl	3	3	4	4	2	5	7	5	3
* Verletzte Personen	Anzahl	2 146	2 095	2 040	1 863	1 871	2 229	1 989	1 811	1 489
darunter schwer verletzte Personen	Anzahl	496	458	416	388	371	501	357	347	258
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	263	253	273	251	252	264	223	235	150
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	106	93	60	33	39	118	50	17	19
Radfahrer	Anzahl	55	44	22	18	15	47	18	14	18
Fußgänger	Anzahl	49	46	46	65	51	50	51	64	59
Kraftfahrzeuge										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	19 005	17 744	15 177	12 641	14 662	16 563	14 859	11 512	13 989
darunter										
Kraftträder	Anzahl	1 271	1 109	184	212	303	346	198	126	232
* Personenkraftwagen ³⁾	Anzahl	16 370	15 265	13 623	11 162	13 002	14 972	13 454	10 316	12 676
* Lastkraftwagen	Anzahl	954	980	1 058	951	1 077	945	879	771	780
* Zugmaschinen	Anzahl	240	219	175	199	154	186	161	134	153
Öffentlicher Straßenpersonenverkehr										
		1999	2000			2001				
		Durchschnitt	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	
Beförderte Personen	1 000	70 753	69 962	70 311	63 916	72 499	73 617	71 499	63 562	74 166
darunter im allgemeinen Linienverkehr	1 000	66 285	65 530	65 816	59 289	68 072	69 335	66 914	59 366	69 710
Personenkilometer ⁴⁾	Mill.	995	1 011	1 008	1 111	1 030	917	1 065	1 110	1 089
Binnenschifffahrt										
		1999	2000		2001				2002	
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Gütereingang	1 000 t	1 285	1 335	1 388	1 111	1 347	1 358	1 221	1 078	1 058
* Güterversand	1 000 t	721	825	940	743	771	907	871	632	605
AUSSENHANDEL ⁵⁾										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Insgesamt	Mill. EUR	1 872	2 044	2 097	2 019	2 047	2 175	2 108	1 813	1 875
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	96	101	116	101	88	143	163	116	71
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	1 776	1 942	1 981	1 918	1 959	2 031	1 944	1 698	1 803

1) Betriebe ab 9 Betten. - 2) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. - 3) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz. - 4) Verkehrsleistung, berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. - 5) Bei der Summation bzw. Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse ist darauf zu achten, dass die Einfuhr nach dem Konzept des Generalhandels und die Ausfuhr nach dem Konzept des Spezialhandels abgegrenzt wird.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

noch AUSSENHANDEL ¹⁾ Ausfuhr (Spezialhandel)	Einheit	1999	2000		2001				2002	
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Rohstoffe	Mill. EUR	17	19	18	25	18	15	13	15	14
* Halbwaren	Mill. EUR	66	74	86	83	76	76	72	61	54
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 694	1 849	1 877	1 810	1 866	1 940	1 859	1 622	1 735
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	542	607	620	562	604	648	595	454	554
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 152	1 243	1 257	1 248	1 262	1 292	1 264	1 168	1 181
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	1 394	1 495	1 546	1 456	1 482	1 577	1 573	1 244	1 348
* darunter in EU-Länder	Mill. EUR	1 101	1 022	1 191	997	1 190	1 249	1 261	960	1 081
Belgien	Mill. EUR	117	132	134	136	135	147	136	98	122
Luxemburg	Mill. EUR	17	21	18	20	19	22	20	18	16
Dänemark	Mill. EUR	30	30	28	34	27	40	27	22	33
Finnland	Mill. EUR	13	13	17	13	14	16	17	13	13
Frankreich	Mill. EUR	268	280	262	267	304	283	290	220	250
Griechenland	Mill. EUR	14	18	17	18	16	17	21	12	20
Großbritannien	Mill. EUR	157	152	163	135	137	157	163	116	139
Irland	Mill. EUR	9	9	7	8	8	11	8	6	6
Italien	Mill. EUR	148	162	166	146	161	185	193	130	163
Niederlande	Mill. EUR	108	115	121	124	114	114	120	115	98
Österreich	Mill. EUR	75	87	84	92	86	97	90	74	80
Schweden	Mill. EUR	35	36	36	43	34	36	33	27	29
Spanien	Mill. EUR	92	101	118	94	114	108	120	91	96
Portugal	Mill. EUR	18	19	18	23	22	15	22	18	18
* Afrika	Mill. EUR	42	38	40	44	36	52	58	50	52
* Amerika	Mill. EUR	206	240	215	225	254	243	205	249	214
darunter nach USA und Kanada	Mill. EUR	149	174	148	159	185	169	148	177	155
* Asien	Mill. EUR	216	255	282	280	261	283	257	252	245
darunter nach Japan	Mill. EUR	39	50	52	51	53	39	36	38	45
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	14	14	14	13	14	18	15	18	16
Einfuhr (Generalhandel)										
* Insgesamt	Mill. EUR	1 301	1 525	1 637	1 636	1 424	1 449	1 504	1 216	1 301
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	133	132	124	119	134	121	133	128	124
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	1 168	1 393	1 513	1 517	1 291	1 328	1 370	1 088	1 177
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	15	24	15	17	18	19	15	17	20
* Halbwaren	Mill. EUR	136	242	276	290	192	199	189	160	152
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 016	1 128	1 222	1 209	1 081	1 111	1 166	911	1 005
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	252	285	290	275	280	287	303	224	238
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	765	843	931	935	802	823	864	687	766
davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 012	1 208	1 321	1 283	1 042	1 139	1 120	917	944
* darunter aus EU-Ländern	Mill. EUR	808	798	1 082	811	861	919	892	713	766
Belgien	Mill. EUR	111	145	171	182	133	158	134	95	124
Luxemburg	Mill. EUR	13	22	21	20	14	22	31	15	19
Dänemark	Mill. EUR	27	31	55	10	47	39	35	27	37
Finnland	Mill. EUR	7	8	3	7	5	3	5	2	3
Frankreich	Mill. EUR	200	213	163	239	155	162	192	179	175
Griechenland	Mill. EUR	2	1	1	1	5	2	2	1	1
Großbritannien	Mill. EUR	60	63	59	80	66	79	70	55	54
Irland	Mill. EUR	8	12	12	12	13	15	14	8	8
Italien	Mill. EUR	103	99	94	99	80	98	100	96	77
Niederlande	Mill. EUR	147	209	300	192	183	193	188	116	149
Österreich	Mill. EUR	43	43	45	53	31	49	30	42	36
Schweden	Mill. EUR	22	35	68	21	42	24	22	15	17
Spanien	Mill. EUR	54	69	68	88	72	54	56	48	52
Portugal	Mill. EUR	13	17	24	10	14	22	16	14	12
* Afrika	Mill. EUR	25	30	39	41	38	35	33	19	31
* Amerika	Mill. EUR	115	122	130	121	156	120	179	140	149
darunter aus USA und Kanada	Mill. EUR	97	102	107	104	139	106	147	127	134
* Asien	Mill. EUR	145	160	144	187	186	151	169	136	175
darunter aus Japan	Mill. EUR	40	37	22	32	35	34	29	28	36
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	4	4	3	4	3	4	3	4	2

1) Bei der Summation bzw. Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse ist darauf zu achten, dass die Einfuhr nach dem Konzept des Generalhandels und die Ausfuhr nach dem Konzept des Spezialhandels abgegrenzt wird.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

GEWERBEANZEIGEN ¹⁾	Einheit	1999	2000		2001				2002		
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.		
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 174	3 150	2 995	3 872	3 181	3 016	2 500	3 899	3 146	
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 795	2 653	3 240	3 670	2 490	2 561	2 938	3 590	2 570	
INSOLVENZEN											
* Beantragte Insolvenzverfahren davon	Anzahl	94	145	153	178	160	162	237	307	241	
* Unternehmen einschließlich Kleingewerbe	Anzahl	71	91	99	103	90	96	132	121	91	
* natürliche Personen als Gesellschafter u.Ä., Nachlässe	Anzahl	15	15	15	15	20	8	41	93	62	
* Verbraucher	Anzahl	8	39	39	60	50	58	64	93	88	
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	34	54	51	67	61	77	73	93	66	
HANDWERK ²⁾											
* Beschäftigte ³⁾	1998=100	1999	2000			2001				2002	
		Durchschnitt	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	1998=100	96,9	94,2	93,5	95,1	93,3	90,6	89,5	90,9	89,7	
		103,5	103,3	103,1	103,4	113,1	93,9	100,9	102,5	112,0	
VERDIENSTE ⁴⁾											
* Bruttomonatsverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe	EUR	1999	2000		2001				2002		
		Durchschnitt	Juli	Okt.	Jan.	April	Juli	Okt.	Jan.		
* Männer	EUR	2 345	2 393	2 419	2 406	2 338	2 419	2 438	2 425	...	
* Frauen	EUR	2 419	2 465	2 494	2 478	2 405	2 494	2 511	2 496	...	
* Bruttostundenverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe	EUR	1 750	1 796	1 804	1 807	1 805	1 815	1 830	1 822	...	
* Männer	EUR	14,10	14,39	14,45	14,44	14,51	14,57	14,62	14,65	...	
* Frauen	EUR	14,50	14,79	14,85	14,84	14,93	14,98	15,01	15,05	...	
* darunter	EUR	15,51	15,83	15,91	15,90	15,96	16,09	16,17	16,18	...	
* Facharbeiter	EUR	13,86	14,23	14,33	14,31	14,37	14,36	14,44	14,44	...	
* angelernte Arbeiter	EUR	11,78	12,01	12,02	11,99	12,15	12,21	12,08	12,12	...	
* Hilfsarbeiter	EUR	10,82	11,04	11,06	11,11	11,13	11,18	11,28	11,27	...	
* Frauen	EUR	10,27	10,45	10,48	10,50	10,49	10,53	10,61	10,53	...	
* darunter Hilfsarbeiterinnen	EUR	38,2	38,3	38,5	38,3	37,1	38,2	38,4	38,1	...	
* Bezahlte Wochenarbeitszeit	h	38,3	38,4	38,6	38,4	37,1	38,3	38,5	38,2	...	
* Arbeiter	h	37,2	37,5	37,5	37,5	37,3	37,4	37,3	37,2	...	
* Arbeiterinnen	h	3 319	3 383	3 384	3 408	3 443	3 466	3 483	3 487	...	
* Bruttomonatsverdienste der Angestellten im produzierenden Gewerbe	EUR	3 580	3 660	3 663	3 687	3 718	3 742	3 761	3 764	...	
* Männer	EUR	2 566	2 603	2 603	2 627	2 653	2 671	2 691	2 699	...	
* Frauen	EUR	3 055	3 096	3 089	3 117	3 152	3 174	3 180	3 197	...	
* kaufmännische Angestellte	EUR	3 520	3 576	3 569	3 601	3 634	3 655	3 653	3 680	...	
* Männer	EUR	2 514	2 545	2 544	2 567	2 594	2 616	2 638	2 643	...	
* Frauen	EUR	3 524	3 614	3 623	3 643	3 673	3 696	3 722	3 716	...	
* technische Angestellte	EUR	3 607	3 699	3 709	3 728	3 757	3 782	3 811	3 803	...	
* Männer	EUR	2 756	2 825	2 835	2 859	2 878	2 882	2 893	2 909	...	
* Frauen	EUR	2 406	2 506	2 519	2 557	2 569	2 573	2 608	2 627	...	
* Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	2 700	2 803	2 824	2 862	2 873	2 891	2 907	2 933	...	
* Männer	EUR	2 085	2 180	2 185	2 224	2 238	2 225	2 267	2 281	...	
* Frauen	EUR	2 398	2 500	2 512	2 553	2 570	2 571	2 608	2 629	...	
* kaufmännische Angestellte	EUR	2 714	2 816	2 839	2 879	2 901	2 915	2 935	2 964	...	
* Männer	EUR	2 087	2 183	2 189	2 228	2 242	2 228	2 272	2 286	...	
* Frauen	EUR	2 826	2 918	2 927	2 961	2 979	2 995	3 024	3 038	...	
* Bruttomonatsverdienste aller Angestellten im produzierenden Gewerbe; in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR									...	

1) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. - 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 3) Am Ende eines Berichtsvierteljahres. - 4) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u. Ä. sowie Spesenersatz, Trennungsschädigungen, Auslösungen usw.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

GELD UND KREDIT ¹⁾	Einheit	1999	2000			2001				
		Durchschnitt	30. 6.	30. 9.	31. 12.	31. 3.	30. 6.	30. 9.	31. 12.	
		Kredite an Nichtbanken								
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	97 333	103 350	102 237	104 172	106 019	107 120	108 504	109 861	111 294
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	13 272	13 581	13 276	13 763	14 123	14 412	14 066	14 238	14 374
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	10 201	10 011	10 014	10 169	10 232	10 296	10 623	10 501	10 839
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	73 860	79 758	78 947	80 240	81 664	82 412	83 815	85 122	86 081
davon an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	92 898	97 596	96 813	98 202	99 862	100 636	101 804	103 559	104 365
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	83 041	87 502	86 842	88 021	89 667	89 506	90 364	91 278	91 765
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	9 857	10 094	9 971	10 181	10 195	11 130	11 440	12 281	12 600
	Mill. EUR	4 435	5 755	5 424	5 970	6 157	6 484	6 700	6 302	6 929
Einlagen u. aufgenommene Kredite von Nichtbanken										
Sichteinlagen	Mill. EUR	73 050	74 619	72 455	76 181	76 140	74 935	76 244	76 977	80 242
Termineinlagen	Mill. EUR	14 746	15 940	15 492	15 834	16 589	16 296	17 273	18 188	19 788
Sparbriefe	Mill. EUR	20 305	22 169	20 513	24 778	22 811	22 861	23 435	23 514	24 188
Spareinlagen	Mill. EUR	5 573	5 424	5 443	5 378	5 477	5 452	5 585	5 648	5 587
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	32 426	31 086	31 007	30 191	31 263	30 326	29 951	29 627	30 679
davon von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	70 626	71 840	69 792	73 145	73 410	71 923	72 846	73 688	76 910
öffentlichen Haushalten	Mill. EUR	68 567	68 435	67 670	67 116	70 254	69 790	70 508	71 504	74 704
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 059	3 405	2 122	6 029	3 156	2 133	2 338	2 184	2 206
	Mill. EUR	2 424	2 779	2 663	3 036	2 730	3 012	3 398	3 289	3 332
STEUERN										
		2000	2001				2002			
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
Aufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern										
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	2 248	2 176	2 219	2 286	1 735	2 766	2 099	2 040	1 657
Lohnsteuer	Mill. EUR	830	770	796	851	490	1 323	863	682	434
Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	Mill. EUR	622	609	602	822	411	803	574	839	425
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	110	119	-	397	-	-	-	406	-
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	32	20	-101	-63	-90	292	-18	-62	-154
Zinsabschlag	Mill. EUR	45	71	195	14	16	29	181	10	33
Einnahmen aus der Zinsabschlagzerlegung	Mill. EUR	26	33	115	50	11	14	117	48	10
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	11	12	-	39	-	-	-	35	-
Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	Mill. EUR	104	38	-15	28	143	185	10	-152	120
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	7	1	-	6	-	-	-	-122	-
Umsatzsteuer	Mill. EUR	1 418	1 406	1 423	1 435	1 245	1 444	1 236	1 358	1 223
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	381	368	388	378	238	411	372	417	290
	Mill. EUR	1 037	1 038	1 035	1 057	1 008	1 032	863	942	933
Zölle										
	Mill. EUR	107	104	95	113	100	100	79	96	92
Bundessteuern										
darunter Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	141	137	48	44	166	347	65	84	124
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	97	95	2	5	119	272	11	48	75
	Mill. EUR	37	35	40	22	41	69	48	18	43

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

noch STEUERN	Einheit	2000	2001					2002		
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
		Landessteuern								
Landessteuern	Mill. EUR	67	74	77	62	92	46	86	60	67
Vermögensteuer	Mill. EUR	3	1	-1	2	2	1	2	1	1
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	10	12	11	6	16	6	9	4	7
Grunderwerbsteuer ¹⁾	Mill. EUR	7	7	8	7	8	6	10	6	6
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. EUR	31	37	40	36	45	23	48	31	36
Rennwett- und Lotteriesteuer	Mill. EUR	11	11	16	8	16	4	14	15	10
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	1	1	0	0	3	3	0	0	3
Biersteuer	Mill. EUR	4	3	3	3	3	3	3	3	3
		1999	2000				2001			
		Durchschnitt	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	
Gemeindesteuern										
Gemeindesteuern	Mill. EUR	401	426	462	405	426	319	376	432	366
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	0	10	4	4	5	5	4
Grundsteuer B	Mill. EUR	85	90	104	92	82	91	94	102	83
Gewerbsteuer (brutto)	Mill. EUR	267	294	316	265	299	193	234	287	238
Grunderwerbsteuer (Gemeindeanteil)	Mill. EUR	37	30	31	29	36	23	33	30	35
sonstige Gemeindesteuern	Mill. EUR	8	8	10	8	6	7	11	8	6
Steuerverteilung										
Steuereinnahmen der Gemeinden u. Gemeindeverb.										
Steuereinnahmen der Gemeinden u. Gemeindeverb.	Mill. EUR	628	642	671	603	784	430	587	630	683
Gewerbsteuer (netto) ²⁾	Mill. EUR	207	228	257	200	198	155	190	228	135
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	257	253	239	233	417	132	227	227	379
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	30	28	29	29	42	17	27	30	42
		2000	2001				2002			
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
Steuereinnahmen des Landes										
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	605	573	662	572	370	788	672	496	411
Landessteuern	Mill. EUR	67	74	77	62	92	46	86	60	67
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	312	281	350	316	172	484	380	225	138
Lohnsteuer	Mill. EUR	220	214	256	305	130	249	244	308	131
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	13	8	-43	-28	-39	124	-8	-26	-66
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	19	30	95	5	6	12	88	3	13
Zinsabschlag	Mill. EUR	12	14	51	22	5	6	52	21	4
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	49	15	-9	12	70	92	4	-80	55
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	209	203	235	187	105	211	215	205	206
Umsatzsteuer	Mill. EUR	146	137	148	144	40	142	146	165	148
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	63	65	87	43	64	69	69	40	58
Anteil an der Gewerbe- steuerumlage	Mill. EUR	5	5	0	2	0	17	-3	2	0
Gewerbsteuerumlage- Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	2	0	1	0	6	-1	1	0
Gewerbsteuerumlage- Anhebung (LFA)	Mill. EUR	8	7	0	3	0	20	-4	2	0
Gewerbsteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	2	1	0	1	0	4	-1	0	0
Steuereinnahmen des Bundes										
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	1 239	1 560	1 128	1 144	1 026	2 161	1 480	1 498	1 384
Bundessteuern	Mill. EUR	141	137	48	44	166	347	65	84	124
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	364	336	354	366	220	578	383	280	196
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	729	1 082	726	732	639	1 219	1 035	1 132	1 064
Anteil an der Gewerbsteuer- umlage	Mill. EUR	5	5	0	2	0	17	-3	2	0

1) Bis 2001 nur der Landesanteil. – 2) Nach Abzug der Gewerbsteuerumlage.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Berichtsmerkmal	Einheit	1999	2000			2001				2002
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	82 087	82 193	82 258	82 260	82 255
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	35 890	34 959 ^p	22 334 ^p	44 024 ^p
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	64 229	63 914 ^p	60 468 ^p	74 717 ^p
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	70 528	69 889 ^p	69 716 ^p	79 397 ^p
Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	-6 299	-5 975 ^p	-9 248 ^p	-4 680 ^p
Arbeitslose	1 000	4 099	3 889	3 645	3 809	4 093	3 725	3 789	3 964	4 290
Männer	1 000	2 160	2 053	1 892	2 025	2 246	1 957	2 010	2 160	2 415
Arbeitslosenquote ⁴⁾	%	10,5	9,6	8,9	9,3	10,0	9,0	9,2	9,6	10,4
Arbeitslosenquote ⁵⁾	%	11,7	10,7	9,9	10,3	11,1	10,0	10,1	10,6	11,5
Offene Stellen	1 000	456	514	468	454	484	443	408	389	422
Kurzarbeiter	1 000	119	86	70	70	92	140	169	175	212
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden⁶⁾										
Beschäftigte	1 000	6 368	6 375	6 419	6 393	6 376	6 395	6 376	6 335	6 272
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	527	526	561	474	535	541	537	443	509
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	194 982	212 968	121 188	110 909	106 471	117 856	117 337	102 566	103 384
Auslandsumsatz	Mill. EUR	66 608	77 255	44 724	40 686	39 897	43 254	43 523	37 544	39 495
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (kalendermonatlich)	1995 = 100	111,4	118,2	130,4	115,6	114,7	125,0	124,7	104,6	109,4
Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	112,5	118,5	126,2	105,0	115,6	123,1	120,2	92,3	109,9
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	114,2	125,4	147,6	141,5	124,2	139,0	142,9	129,3	115,9
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	113,4	121,1	121,1	94,8	106,8	115,1	115,6	90,0	97,6
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	102,6	103,7	116,8	100,9	102,4	112,3	109,6	93,0	103,9
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	41 201	41 971	44 066	45 259
Gaserzeugung	Mill. kWh	32 097	32 478	36 441	39 851	36 209	30 276	33 602
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau⁷⁾										
Beschäftigte	1 000	1 110	1 050	1 041	1 012	950	959	948	921	864
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	113	106	115	81	67	111	100	67	58
Baugewerblicher Umsatz	Mill. EUR	16 915	16 077	9 681	9 683	5 022	8 781	9 125	8 956	4 724
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	19 459	16 100	13 379	13 720	11 570	13 837	11 868	11 286	12 522
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	17 977	14 944	12 369	12 659	10 782	12 892	11 047	10 471	11 716
Wohnfläche	1 000 m ²	3 403	2 811	2 357	2 462	2 026	2 403	2 049	1 972	2 169
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 442	3 292	3 107	3 000	2 383	3 060	2 732	2 371	2 256
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	36 465	29 042	24 883	25 962	21 070	24 208	20 800	19 977	21 523
Handel und Gastgewerbe⁸⁾										
Einzelhandel										
Umsatz ⁹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	100,8	103,2	111,0	127,2	97,5	106,9	112,1	123,5	98,6
Großhandel										
Umsatz ⁹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	101,6	109,9	123,0	110,2	100,9	112,8	111,4	96,6	95,8
Gastgewerbe										
Umsatz ⁹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	96,3	97,2	88,9	97,7	82,3	104,7	91,0	97,8	82,0

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). – 5) Arbeitslose in % der abhängigen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose). – 6) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 7) Nach der Totalerhebung hochgerechnet. – 8) Vorläufige Ergebnisse. – 9) Ohne Umsatzsteuer.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Berichtsmerkmal	Einheit	1999	2000		2001				2002	
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. EUR	42 501	49 790	56 783	49 823	51 705	57 225	54 873	48 374	50 116
EU-Länder insgesamt	Mill. EUR	24 448	28 115	32 043	27 241	29 473	30 952	30 250	26 201	28 237
Belgien/Luxemburg	Mill. EUR	2 402	2 728	3 019	2 849	2 954	2 870	2 871	2 511	2 845
Frankreich	Mill. EUR	4 881	5 618	6 762	5 357	6 192	6 221	6 099	4 966	5 668
Großbritannien	Mill. EUR	3 594	4 115	4 807	3 820	4 072	4 723	4 608	4 014	4 260
Italien	Mill. EUR	3 195	3 751	4 252	3 633	4 087	4 235	4 095	4 014	3 776
Niederlande	Mill. EUR	2 863	3 250	3 526	3 245	3 323	3 545	3 285	3 537	3 041
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. EUR	37 067	44 862	52 256	48 607	47 252	48 226	48 156	40 042	40 040
EU-Länder insgesamt	Mill. EUR	19 971	22 830	27 162	25 144	24 090	25 262	24 685	20 844	20 445
Belgien/Luxemburg	Mill. EUR	1 907	2 186	2 685	2 437	2 566	2 829	2 430	2 175	2 233
Frankreich	Mill. EUR	3 796	4 239	5 204	4 364	4 429	4 164	5 063	3 730	3 835
Großbritannien	Mill. EUR	2 563	3 077	3 948	2 991	3 286	3 623	3 297	2 768	2 613
Italien	Mill. EUR	2 759	2 981	3 065	3 246	2 977	3 432	3 017	2 645	2 575
Niederlande	Mill. EUR	3 007	2 728	4 613	4 335	4 131	3 992	3 796	3 628	3 442
Steuern										
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	27 252	28 231	22 220	48 714	29 394	20 413	20 629	42 668	28 014
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	15 367	16 032	9 234	35 404	17 635	8 072	8 103	29 257	15 959
Lohnsteuer	Mill. EUR	11 151	11 311	10 046	20 760	12 026	9 491	9 648	19 792	11 337
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	907	1 018	- 1 141	6 896	- 489	- 837	- 1 086	6 607	- 540
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	11 429	11 739	12 624	11 963	11 790	11 382	12 127	12 135	12 054
Umsatzsteuer	Mill. EUR	9 300	8 928	9 360	8 392	9 049	8 569	9 184	9 160	9 684
Zölle	Mill. EUR	265	283	284	329	34 389	268	268	257	33 140
Bundessteuern	Mill. EUR	6 019	6 292	5 642	12 996	2 847	6 778	5 714	13 678	3 052
Versicherungsteuer	Mill. EUR	593	604	490	293	331	332	514	223	452
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	4 486	4 698	4 545	10 688	1 499	5 867	4 652	11 784	1 641
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ¹⁾	1995 = 100	100,8	106,7	109,4	109,8	109,7	109,7	109,3	108,9	109,6
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ¹⁾	1995 = 100	89,9	95,4	100,2	98,8	96,2	101,0	100,7	99,9	98,4
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ¹⁾	1995 = 100	98,5	101,8	103,9	103,6	104,4	104,3	104,0	103,7	104,3
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1995 = 100	98,4	98,7	98,8	-	-	-	98,4	-	-
Bauleistungen am Bauwerk ²⁾	1995 = 100	98,4	98,7	98,7	-	-	-	98,3	-	-
Preisindex für den Straßenbau	1995 = 100	95,5	97,8	98,7	-	-	-	98,4	-	-
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1995 = 100	104,9	106,9	107,7	107,8	108,3	109,7	109,5	109,6	110,6
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	1995 = 100	101,7	101,2	100,9	101,4	102,9	106,2	105,6	106,2	108,9
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	1995 = 100	106,0	107,5	108,1	108,2	108,3	109,5	109,7	109,6	113,1
Bekleidung und Schuhe	1995 = 100	101,8	102,0	102,4	102,4	102,2	103,3	103,6	103,6	103,6
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	1995 = 100	107,4	110,9	113,0	112,9	113,3	114,6	114,3	114,0	114,6
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	1995 = 100	102,1	102,1	102,1	102,2	102,3	103,3	103,6	103,6	103,9
Gesundheitspflege	1995 = 100	110,6	111,0	111,4	111,4	111,6	112,6	112,7	112,7	112,4
Verkehr	1995 = 100	107,6	113,6	115,1	114,2	115,1	116,3	115,6	115,6	116,9
Nachrichtenübermittlung	1995 = 100	88,2	84,5	83,9	83,8	83,6	82,1	82,0	82,0	82,2
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	1995 = 100	103,4	104,5	104,4	105,0	105,4	105,3	105,7	106,4	106,4
Bildungswesen	1995 = 100	117,5	119,3	120,1	120,1	120,6	121,6	121,6	121,6	123,2
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	1995 = 100	104,9	106,2	105,2	105,8	106,0	108,5	107,4	108,0	109,9
Andere Waren und Dienstleistungen	1995 = 100	104,5	106,8	107,6	107,7	108,5	110,1	110,4	110,5	111,7

1) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 2) Ohne Baunebenleistungen.

Neuerscheinungen im April

Statistische Berichte

Land- und Forstwirtschaft

Bestockte Rebflächen 2001
Bestellnr.: C I 5 – j/01

Nutzung der Bodenfläche 2001
(Ergebnisse der Flächenerhebung – tatsächliche Nutzung)
Bestellnr.: C I 9 – 4j/01

Milcherzeugung und -verwendung, Schlachtungen,
Legehennenhaltung und Eiererzeugung 2001
Bestellnr.: C III 2/3/7 – vj 4/01

Größenstruktur landwirtschaftlicher Betriebe und
Forstbetriebe 2001
Bestellnr.: C IV 7 – 2j/01

Agrarstrukturerhebung 2001
– Ausgewählte Ergebnisse für ökologisch wirtschaftende
landwirtschaftliche Betriebe
Bestellnr.: C IV 9-8 – 2j/01

Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung
von Steinen und Erden im Januar 2002
Bestellnr.: E I 1 – m 1/02

Index des Auftragseingangs für das verarbeitende
Gewerbe im Januar 2002
Bestellnr.: E I 3 – m 1/02

Bauhauptgewerbe 2001 (Vorbereitende
Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau)
Bestellnr.: E II 1 – j/01

Bauhauptgewerbe im Januar 2002 (Vorbereitende
Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau)
Bestellnr.: E II 1 – m 1/02

Elektrizitäts- und Gasversorgung im Dezember 2001
Bestellnr.: E IV 2/3 – m 12/01

Bautätigkeit, Wohnungswesen

Baugenehmigungen im Jahr 2001
Bestellnr.: F II 1 – j/01

Baugenehmigungen im Januar 2002
Bestellnr.: F II 1 – m 1/02

Handel und Gastgewerbe

Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel und im
Gastgewerbe im Februar 2002
Bestellnr.: G I 1/G IV 3 – m 02/02

Aus- und Einfuhr im Dezember 2001
Bestellnr.: G III 1/G III 3 – m 12/01

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im Januar 2002
Bestellnr.: H I 1 – m 1/02

Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen im
4. Vierteljahr 2001
Bestellnr.: H I 4 – vj 4/01

Binnenschifffahrt 2001
Bestellnr.: H II 1 – j/01

Öffentliche Sozialleistungen

Sozialhilfe 2000 – Empfängerinnen und Empfänger von
Hilfe in besonderen Lebenslagen
Bestellnr.: K I 1/3 – j/00

Finanzen und Steuern

Haushaltsansätze der Gemeinden und
Gemeindeverbände 2002
Bestellnr.: L II 4 – j/02

Preise und Preisindizes

Preisindizes für die Lebenshaltung in Deutschland im
März 2002
Bestellnr.: M I 2 – m 3/02

Preisindizes für Bauwerke in Deutschland im Februar 2002
Bestellnr.: M I 4/S – vj 1/02

Zusammenfassende Berichte

Daten zur Konjunktur im Januar 2002
Bestellnr.: Z 1 – m 1/02

Die Veröffentlichungen können beim
Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffent-
lichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.

Telefon: 02603 71-245
Telefax: 02603 71-315
E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de

Unter der Internetadresse www.statistik.rlp.de des
Statistischen Landesamtes sind die Veröffentli-
chungen der letzten acht Wochen und das wö-
chentlich aktualisierte Verzeichnis aller Veröffentli-
chungen abrufbar.

Erscheint in Kürze:

Statistisches Taschenbuch 2002

Aktuelles Nachschlagewerk auch auf CD-ROM erhältlich

1158 km Grenze umschließen 1,985 Mill. ha, auf denen gut 4 Mill. Menschen leben. Das sind 203 Einwohner pro Quadratkilometer – 191 in den Landkreisen, 954 in den kreisfreien Städten. Sechs Zahlen aus Rheinland-Pfalz, sechs Zahlen von Tausenden, die man im aktuellen Taschenbuch des Statistischen Landesamtes nachschlagen kann. Das knapp 350 Seiten starke Werk kommt Mitte Juni zum Rheinland-Pfalz-Tag auf den Markt.

Statistisches Taschenbuch Rheinland-Pfalz 2002



Statistisches Landesamt

Das Statistische Taschenbuch ist ein wichtiger Bestandteil des bürgerorientierten Informationsdienstes des Statistischen Landesamtes und richtet sich an interessierte Bürgerinnen und Bürger ebenso wie an Fachleute, die statistische Informationen für ihre Arbeit brauchen. Es liefert schnell und übersichtlich wichtige Daten über Rheinland-Pfalz und gibt mit detaillierten Quellenangaben Hilfestellungen für tiefer gehende Recherchen. Die Handhabung ist durch ein Daumenregister und ein erweitertes Inhaltsverzeichnis noch einfacher geworden.

In 23 Kapiteln zeichnet diese Veröffentlichung ein umfassendes Bild des Landes, das von der Wirtschaft über die Bildung und das Wohnen bis hin zu Sport und Kultur alle wesentlichen Bereiche des Lebens darstellt.

Neben der gebundenen Version, die 12 Euro kostet, gibt es das Taschenbuch erstmals auch zum Preis von 15,30 Euro als CD-ROM. Neben einer Präsentation der Veröffentlichung im PDF-Format enthält die CD verlinkt mit dem Inhaltsverzeichnis die einzelnen Tabellen im Excel-Format.

Zu beziehen sind Buch und CD-ROM – die Printausgabe auch im Buchhandel – zuzüglich Versandkosten unter folgender Adresse:

Statistisches Landesamt
Vertrieb der Veröffentlichungen
56128 Bad Ems
Telefon: 02603 71-245 · Telefax: 02603 71-315
E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de

Wissenswertes über Rheinland-Pfalz auf 350 Seiten

- R wie Reben**
64 474 ha von Rheinland-Pfalz sind Rebfläche. Auf 77,4% wird Weißwein angebaut, Rotwein auf 22,6% – letzterer mit steigender Tendenz.
- H wie Häuser**
Rheinland-Pfalz ist ein Land der Ein- und Zweifamilienhäuser. 69% der rund 1,8 Mill. Wohngebäude haben eine, weitere 21% zwei Wohnungen.
- E wie Ehe**
985 000 Ehepaare gibt es in Rheinland-Pfalz, 516 000 leben mit ihren ledigen Kindern in einem Haushalt.
- I wie Investitionen**
69,6 Mill. Euro investierten die Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes im Jahr 1999 in den Umweltschutz, das sind 2,7% der Gesamtinvestitionen.
- N wie Nachbarn**
Sieben Nachbarn hat Rheinland-Pfalz: vier deutsche Bundesländer und drei EU-Staaten.
- L wie Landwirtschaft**
Rund 32 700 landwirtschaftliche Betriebe gibt es in Rheinland-Pfalz. Zusammen bewirtschaften sie 42,7% der Gesamtfläche des Landes.
- A wie Arbeit**
Rund 1,2 Mill. Männer und Frauen sind in Rheinland-Pfalz sozialversicherungspflichtig beschäftigt, 45% als Arbeiterinnen und Arbeiter, 55% als Angestellte.
- N wie Natur**
Knapp 34 700 ha des Landes sind als Naturschutzgebiet ausgewiesen, das sind 1,7% der Gesamtfläche. 27,8% sind Landschaftsschutzgebiete.
- D wie Dienstleistungen**
Nahezu zwei Drittel der Bruttowertschöpfung des Landes erbringt der Dienstleistungssektor.
- P wie Produktivität**
Die Betriebe des verarbeitenden Gewerbes setzten im Jahr 2000 insgesamt knapp 61,3 Mrd. Euro um, das sind 201 000 Euro je Beschäftigtem.
- F wie Fremdenverkehr**
Durchschnittlich 7 Mill. Übernachtungsgäste wurden in den vergangenen drei Jahren gezählt, 20% davon kamen aus dem Ausland.
- A wie Ausländer**
Rund 300 000 Ausländer leben in Rheinland-Pfalz, das sind 7,4% der Bevölkerung. 80% stammen aus Europa, darunter 26% aus EU-Staaten.
- L wie Lebenserwartung**
Ein Mädchen, das 1999 geboren wurde, hat eine durchschnittliche Lebenserwartung von 80,57 Jahren, ein Junge von 74,61 Jahren.
- Z wie Zuzüge**
1,26 Mill. Menschen sind in den 90er-Jahren nach Rheinland-Pfalz gezogen, knapp 914 000 haben im gleichen Zeitraum das Land verlassen.

kurz + aktuell

Aufträge im verarbeitenden Gewerbe sanken im Februar um 2,6%

Die Auftragslage des verarbeitenden Gewerbes in Rheinland-Pfalz war auch im Februar unbefriedigend. Preisbereinigt standen 2,6% weniger Aufträge in den Büchern der Betriebe als ein Jahr zuvor. Vor allem die Nachfrage aus dem Inland ging deutlich um 9,2% zurück, während aus dem Ausland 5,4% mehr Bestellungen registriert wurden.

Von Rückgängen waren allein die Produzenten von Vorleistungsgütern betroffen, die 5,2% weniger Aufträge zu verzeichnen hatten. Dagegen sorgte vor allem die Auslandsnachfrage bei den für Rheinland-Pfalz bedeu-

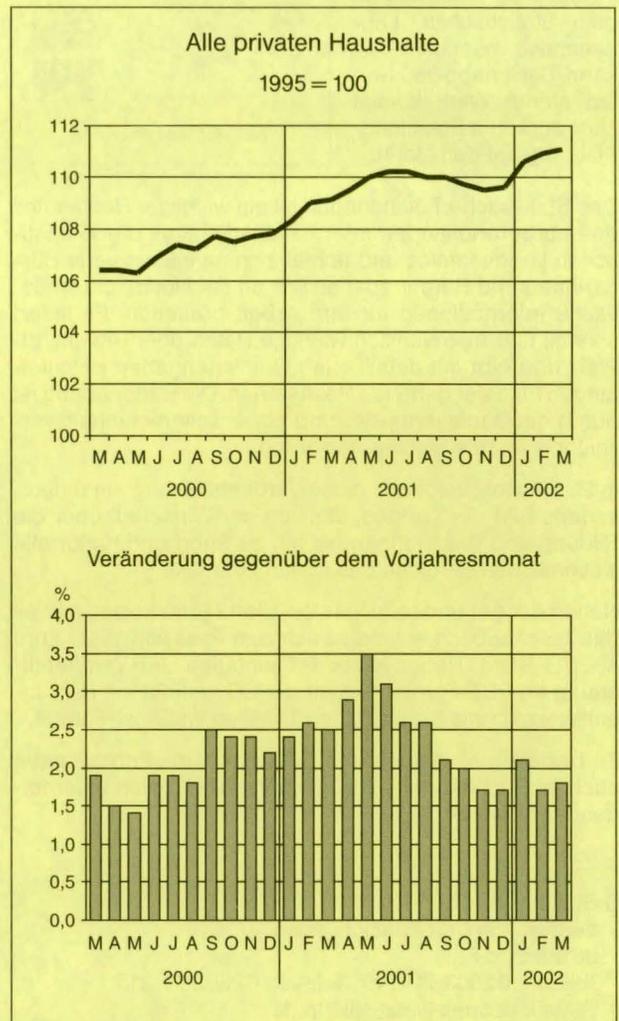
tenden Investitionsgüter- und Verbrauchsgüterproduzenten für mehr Bestellungen. Insgesamt verzeichneten die Hersteller von Investitionsgütern ein Auftragsplus von 0,5%, bei den Verbrauchsgütern gab es eine Nachfragesteigerung von 4% gegenüber Februar 2001. Die Gebrauchsgüterhersteller konnten rund 1% mehr Aufträge verbuchen als ein Jahr zuvor. Nach Branchen betrachtet waren besonders die chemische Industrie mit einem Minus von 11% und die Produzenten von Glas und Keramik sowie die Verarbeiter von Steinen und Erden (-13,5%) von Auftragsrückgängen betroffen. Der Fahrzeugbau verzeichnete 4% mehr Bestellungen, wobei sich Inlands- und Auslandsnachfrage sehr unterschiedlich entwickelten. Aus dem Ausland kamen 33% mehr Aufträge, aus Deutschland 15,3% weniger.

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet im März 2002

Indexbezeichnung	1995 = 100	Veränderung zu März 2001 in %
Früheres Bundesgebiet ¹⁾		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	110,9	1,7
davon		
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	107,8	3,5
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	113,4	3,5
Bekleidung, Schuhe	104,6	1,5
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	114,2	1,1
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	104,5	1,5
Gesundheitspflege	111,7	0,4
Verkehr	118,9	1,5
Nachrichtenübermittlung	81,7	-0,6
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	107,3	1,0
Bildungswesen	120,9	1,2
Beherbergungs- und Gaststätten-dienstleistungen	110,4	3,7
Andere Waren und Dienstleistungen	111,8	2,6
4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen		
Gesamtindex	110,5	1,8
4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen		
Gesamtindex	109,8	1,8
2-Personen-Rentnerhaushalte mit geringem Einkommen		
Gesamtindex	111,5	2,0
Deutschland ²⁾		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	111,1	1,8

1) Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. – 2) Gebietsstand seit dem 3. 10. 1990.

Preisindex für die Lebenshaltung in Deutschland März 2000 bis März 2002



Zeichenerklärungen und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
-	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
·	Zahl unbekannt oder geheim zu halten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug		
()	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.

Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ · 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz · Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bezugspreis: Einzelheft EUR 2,10, Jahresabonnement EUR 22,- zuzüglich Zustellgebühr · Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 56128 Bad Ems, Telefon (0 26 03) 71-2 45, Telefax (0 26 03) 71-3 15, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de oder durch den Buchhandel · ISSN 0174-2914.

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2002 · Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.